

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 13. Februar 1929
11. Jahrg. Nummer 36

Erz.: 10 Pf. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 M., unter Streifenband 3,00 M. Kioskgeldpreis: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Reklamepreis: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Lokal-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Traubner Straße 10, Telefon 500 39. **Verkaufsstellen:** Breslau 544, Reibitzstr. 10, Traubner Straße 10, Telefon 239 02. **Expedition der Redaktion:** von 12-13 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. **Abteilung:** Breslau, Reibitzstr. 10, Telefon 4083. **Verkauf:** Sankt 6, Telefon 2394. **Verkaufsstellen:** von 8-10 Uhr, Sonntag am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: G. L. Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau — Druck: „Neubau“ Berlin, H. L. Breslau, Traubner Str. 10.

Neuer Kriegsruf gegen die Sowjetunion

Im Zeichen der Reparationsverhandlungen — Erste Vollziehung hinter verschlossenen Türen!

(Sig. Ber.) Berlin, 12. Februar. Die Schwerindustrie „Deutsche Bergwerkszeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer einen die deutsche Arbeiterschaft alarmierenden Artikel. Schon einige Male vorher hat die „D.B.Z.“ die Notwendigkeit eines deutsch-englisch-französischen Bündnisses hervorgehoben. Jetzt verlangt sie angesichts der am Montag begonnenen Reparationsverhandlungen in Paris einen offenen Antisowjetkurs im Rahmen des englisch-französischen Antisowjetblocks und den offenen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

Um die gesamte deutsche Bourgeoisie schnellstens für diese Politik zu gewinnen, wird erklärt, daß die gesamte bisherige Politik, das Mandatverlehen zwischen dem Osten und dem Westen, nichts eingebracht habe als die Stärkung des Kommunismus. Offener Kurs gegen die Sowjetunion sei im Interesse Deutschlands unbedingt notwendig. Zur Durchführung dieses „nützlichen“ Gedankens fordert die Bergwerkszeitung verantwortliche Männer für die Innen- und Außenpolitik mit dem Mut der Entschlossenheit und der Fernsicht eines Mussolini.

Das ist klar gesprochen. Und noch deutlicher kommt der verlangte Kurs in folgendem Zitat zum Ausdruck:

„U. G. war er (der bisherige Weg) von Anfang an bis heute eine Kette unglückseliger Verkennungen sowjetrussischer Möglichkeiten, beherrscht von der theoretisch richtigen Idee, daß wir nur mit Rußland, aber nie gegen Rußland gekämpft werden können. Voraussetzung dazu war aber das Vorhandensein eines politisch sowohl wie wirtschaftlich bündnisfähigen Rußlands. Ein solches existiert aber auch heute nicht, sondern muß erst aus sich selbst und mit mittelbarer fremder Hilfe geschaffen werden.“

Das heißt auf gut Deutsch: Nur der Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zum Sturze der proletarischen Diktatur und Aufrichtung der Herrschaft der weißen Konterrevolution, kann im Interesse der deutschen Bourgeoisie liegen.

In dieser Linie der offenen Solidarisierung und Übereinstimmung mit dem Ziele der englischen Antisowjetpolitik verurteilt die „D.B.Z.“ insbesondere das bisherige Auftreten der deutschen Regierung gegen die imperialistische Weltrüstung und erklärt mündlich:

„Unser Ziel muß doch vielmehr sein, Deutschland aufzurüsten bis auf den Stand, der es ermöglicht, seine nationalen und Handelsinteressen in der Welt zu verteidigen und ein wertvoller Bundesgenosse zu werden.“ (!)

... Deshalb ist unsere warme Freundschaft mit Moskau das ernsteste Hindernis für unsere Verständigung mit Frankreich und England. Die große Frage ist nun: wird Deutschland den Mann oder die Männer finden, die den Mut haben, das zuzugeben, und die Folgen zu ziehen?“ (!)

Diese offene Kriegserklärung an die Sowjetunion wird beziehungsweise damit abgeschlossen, daß der Schluss des Artikels auf die geistigen begonnenen Reparationsverhandlungen in Paris verweist. Die „D.B.Z.“ hofft, daß es den deutschen Vertretern gelingen möge, für Deutschland allerhand Zugeständnisse herauszuholen. — Diese Argumentation zeigt zugleich den ganzen Sinn des Artikels der „Bergwerkszeitung“ auf. Man weiß, daß es eine Erleichterung in der Reparationsfrage und andere Zugeständnisse für die deutsche Bourgeoisie nur dann gibt, wenn die letztere sich in erster Linie den englischen Wünschen bezüglich der Aufgabe ihrer bisherigen Politik gegenüber der Sowjetunion und die Einschwenkung in die Front des englischen Imperialismus fügt. Die Schwerindustriellen Kreise, die hinter der „Bergwerkszeitung“ stehen, fordern, daß dieser offene Kurs nunmehr eingeschlagen wird. Wenn auch zurzeit die Gesamtheit der deutschen Bourgeoisie diesen Weg noch ablehnt und durch ein bestimmtes Mandatverlehen zwischen Amerika und den Westmächten das Beste für sich herauszuholen sucht, so führt doch die Entwicklung unabweisbar in die Arme Englands. Jene Schichten, deren Organ die „D.B.Z.“ ist, fordern in dieser Beziehung im Gegensatz zu bisher die größte Aggressivität.

Die erste Sitzung

Paris, 11. Februar.

Die Konferenz der Sachverständigen für die Kriegsschadensfrage begann am Montagmorgen um 14.20 Uhr in den Räumen des Hotels „Georg V.“. Die Delegierten trafen bereits um 2 Uhr ein und begaben sich sogleich in die große Glasveranda, in der die Sitzung stattfinden wird.

Die Delegierten der einzelnen Staaten setzten sich wie folgt um die Tische, wobei sie nach dem französischen Alphabet geordnet saßen: Die Reihe begann mit Dr. Böglert, rechts von ihm Dr. Schacht, die Belgier Guitt und Franquet, die Engländer Lord Rees-Mafess und Sir Josiah Stamp, die Amerikaner Morgan und Owen Young, neben diesem war der Platz für den Vorsitz frei gelassen, den er selbst

Die Matadore der Reparationskonferenz Bei ihrer Ankunft in Paris



Morgan Owen Young

übernehmen soll. Rechts von dem Vorsitzenden folgen die Franzosen Moreau und Permentier, dann die Italiener Birelli und Euvich und die beiden Japaner. Die Beratungen, die mit der Wahl des Vorsitzenden beginnen, wurden durch den Franzosen Moreau eröffnet.

Die Verhandlungen fanden hinter verschlossenen Türen statt. „Le Temps“ glaubt melden zu können, daß Owen Young den Vorsitz übernommen hat.

Vor der Gesamtaussperrung der Textilarbeiter in der Tschechei

Zwei kommunistische Zeitungen verboten

Reichenberg, 12. Februar. Der Textilarbeiterkampf in der Tschechoslowakei gewinnt immer größere Bedeutung. Zu den bereits sich im Kampf befindenden Textilarbeitern sind jetzt vier weitere Textilbetriebe in den Streik getreten.

Nach dem Prager „Tagblatt“ beabsichtigen die Textilmagnaten der Tschechoslowakei, die Gesamtaussperrung in den Textilbetrieben durchzuführen, wenn die Arbeiter nicht am Dienstag früh wie gewöhnlich zur Arbeit zurückkehren und den Streik fortsetzen. Durch die Aussperrung würden 30 000 Mann betroffen.

Die Textilindustriellen wenden gleichzeitig andere Kampfmethoden gegen die Textilproleten an. Der Industriellenverband hat die Sektion der Textilarbeiter in Reichenberg bei der Klassenjustiz verklagt zur Feststellung des ungelöschten Fortbestandes des Kollektivvertrages, und dabei einen Wert von 500 000 Kronen angegeben. Im öffentlichen Interesse wird um schnelle Entscheidung des Gerichts ersucht, und ein Termin ist auf den 20. Februar bereits angesetzt.

Die wachsende Kampfstimmung der Textilarbeiter in der Tschechoslowakei veranlaßte das Trukkapital, durch die Regierung die beiden kommunistischen Tageszeitungen „Internationale“ und „Kämpfer“ auf die Dauer von vier Wochen zu verbieten. Gegen die Verbote gibt es keine Berufung. Die kommunistischen Zeitungen sind in diesem großen Textilarbeiterkampf die einzigen Kampforgane der Arbeiterschaft, deshalb werden sie von der Bourgeoisie für die Dauer des Kampfes unterdrückt.

Attentat auf den mexikan. Präsidenten Ein Wert der kirchlichen Reaktion

Mexiko, 11. Februar. Auf den mexikanischen Präsidenten Portes Gil wurde ein Dynamitattentat verübt. Eine Bombe brachte den Eisenbahnzug, in dem sich der Präsident mit anderen Mitgliedern der Regierung befand, zur Entgleisung. Dabei wurde der Heizer der Lokomotive getötet, während der Präsident unversehrt blieb.

Die Ursache des Attentats sind die heftigen Kämpfe, die seit langem in Mexiko geführt wurden und von der reaktionären kirchlichen

Vom Tage

Am gestrigen Montag wurden in Bombay weitere vier Personen getötet, 36 verletzt und 200 verhaftet. (Siehe auch eigene Meldung!)

Wie aus Mexiko-Stadt gemeldet wird, ist ein zweiter Dynamit-Anschlag auf einen Personenzug zwischen Colima und Guakala-Jara verübt worden. Mehrere Personen sollen getötet worden sein.

Nach der gestern in Washington veröffentlichten amtlichen Statistik haben die Vereinigten Staaten im Jahre 1928 einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 1 Milliarde Dollar erzielt.

Wie aus Moskau gemeldet wird, habe die Leningrader Wetterstation, daß ab heute, den 12. Februar, mit einem Polarwind zu rechnen ist.

Die Eisenbahndirektion Halle teilt mit, daß bei dem Eisenbahnunglück auf der Strecke Berlin-Halle die erste Meldung unrichtig sei und sämtliche Verletzte mit dem Leben davongekommen seien.

Die griechische Kommission für auswärtige Angelegenheiten stimmte gestern der Vorklage zur Ratifizierung des Kellogg-Paktes zu.

Im Eisenbahnverkehr sind infolge des Frostes schwere Störungen eingetreten.

Macht erneut geführt werden. Der Präsident hatte die Begnadigung des Mörders von Oregon abgelehnt. Die Hinrichtung Loraks fand in dem Zuchthaus statt, in dessen Nähe sich eine vielkäuflerfüllte Menge angesammelt hatte. Als der Trauerzug mit dem Sarge Loraks sich zum Friedhof bewegte, kam es zu Kundgebungen für Lorak, die von berittener Polizei auseinander gesprengt wurden.

Sicherlich ist der Täter des Anschlages auf den mexikanischen Präsidenten in den Reihen der kirchlichen Reaktionen zu suchen, die einen erbitterten Kampf gegen die mexikanische Regierung führen und trotz ihrer christlichen Einstellung vor keinem Mittel der Gewalt zurückschrecken.

Spaltung in der Friedensgesellschaft

(Sig. Ber.) Berlin, 11. Februar.

Bei der letzten außerordentlichen Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die am Sonntag hinter verschlossenen Türen abhielt, ist die pazifistische Bewegung gespalten worden. Der erste Anlaß dazu war ein Antrag des bekannten Politikers Gerlach, den früheren Beschluß der Generalversammlung von 1927, daß jedes Mitglied der Friedensgesellschaft obligatorisch die Zeitungen „Das andere Deutschland“ oder die „Menschheit“ oder „Die deutsche Zukunft“ oder die „Friedenswarte“ beziehen muß, zu beseitigen. Mit 67 gegen 130 Stimmen wurde dieser Antrag Gerlachs abgelehnt, worauf Professor Duijbe eine schriftliche Erklärung verlas, daß eine Reihe Mitglieder nach diesem Beschluß aus dem Präsidium zurückgetreten. Es handelt sich dabei um die Differenzen zwischen den theoretischen Kriegsgegnern und den Kriegsdienstverweigerern.

Die Klassenbewußten Arbeiter haben sich nie von dieser bürgerlichen Organisation mit ihrer verschwommenen Kriegsgegnerischen Auffassung verwirren lassen, die Beschlüsse dieser Generalversammlung tragen sicher dazu bei, in der werktätigen Bevölkerung die Erkenntnis zu stärken, daß diesen Kampf nur die besten Schichten der werktätigen Bevölkerung unter der Führung der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationalen führen kann.

Kältereferd in Schlessen

Landeshut 41 Grad — Der Höhepunkt erreicht
Leningrad meldet, es soll wärmer werden

Wreslau, 11. Februar. Das Observatorium teilt mit: Nachdem es bereits in der Nacht zum Sonntag in Schlessen allgemein zu Tiefsttemperaturen von minus 30 bis 35 Grad gekommen war und Wreslau am Sonntag eine mittlere Tagestemperatur von minus 27 Grad beobachtet hatte, wobei die höchste Temperatur nur auf minus 23 Grad anstieg, trat in der Nacht zum Montag eine weitere Frostverschärfung ein. So meldet Wreslau minus 32 Grad. Das ist die tiefste jemals beobachtete Temperatur seit Bestehen der amtlichen Messungen (1791). Aus der Provinz werden Temperaturen von unter minus 35 Grad gemeldet. Im einzelnen beobachteten Reife minus 30, Rosenbergs S. minus 33, Glatz minus 30, Bad Reinerz minus 37, Grünberg minus 29, Sprottau minus 30, Alesandria minus 32, Hlinkeberg minus 32 Grad. In Landeshut wurde in der Nacht zum Sonntag eine Tiefsttemperatur von minus 41 Grad gemessen. Da die Quecksilberthermometer bei beträchtlichen Temperaturen ihren Dienst versagen, sind Meldungen über noch tiefere Temperaturen mit Vorsicht aufzunehmen. Die gegenwärtige Kälte in Schlessen ist selbst für europäisch-russische Verhältnisse als außergewöhnlich zu bezeichnen. Nach Mitteilung des Observatoriums könnten dürfte nunmehr der Höhepunkt der Kälteperiode erreicht sein, da von Ost nach keine weitere Anfuhr von sehr kalten Luftmassen stattfindet.

Obser der Kälte

Die Kranken der Armen erfrieren

Berlin, 11. Februar.

Die ungewöhnlich strenge Kälte zeitigt in Berlin immer öfter Folgen. Innerhalb der letzten 36 Stunden waren in der Reichshauptstadt nicht weniger als 279 Fälle von Erfrierungen zu verzeichnen. Am Sonntag mußten die Rettungswachen 120, am Montagvormittag 159 solcher Fälle behandeln. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Erfrierungen von Ohren und Nasen. Interessant ist, daß in der Mehrzahl Männer davon betroffen wurden. Die Feuerwehr ist seit Sonntag ununterbrochen in Tätigkeit. Fortgesetzt laufen Meldungen über Brände und Wasserrohrbrüche ein. Am Montagmittag waren sämtliche Berliner Löschzüge zur Hilfeleistung unterwegs. Innerhalb weniger Stunden waren allein drei Dachstuhlbrände zu verzeichnen.

Obdachlosenehend!

Das fünfjährige Kind einer obdachlosen Tagelöhnerfamilie, die in Kassel-Rothenditmold in einer Holzbaracke untergebracht ist, wurde im Bett erfroren aufgefunden. Wiederbelebungsversuche erwiesen sich als fruchtlos. Am Montagmorgen wurden in einer Feldscheune bei Schöneberg (Bezirk Halle) vier Personen, und zwar zwei Frauen und zwei Männer, tot aufgefunden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Tod durch Erfrieren eingetreten ist.

Her mit Freilohle für alle Notleidenden, Vereinstellung von Wärmehäusern für Obdachlose, das sind die Forderungen, die jetzt sofort von allen kommunizistischen Gemeindevertretern erhoben werden müssen.

Ein Hoffnungsstrahl

Moskau, 11. Februar.

Die Leningrader Wetterstation meldet, daß am 12. Februar ein Witterungsumschlag eintreten werde und mit einem erheblichen Rückgang der Kälte zu rechnen sei.

Brotrationierung — kein Brotmangel in der Sowjetunion

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Moskau, 11. Februar. Die Moskauer Gouvernements-Handelsabteilung hat verfügt, daß einem Käufer nicht mehr als 2 Kilo Schwarzbrot und 3 Kilo Weißbrot verabfolgt werden darf. In anderen Städten ist man zu einer Brotnormierung in anderer Form übergegangen. In Leningrad werden Brotkaufbesche eingeführt, in Charkow verkauft die Zentralgenossenschaft Brot nur an Mitglieder, in Brjansk wurden Jahreskontrollbesche eingeführt, ähnlich im Donezbecken, in Zwanowo-Wolnowskij, in Tulu, in Waku und in verschiedenen Städten der Ukraine.

Diese Brotnormierung bedeutet keineswegs einen Brotmangel, was allein aus der Brotmenge der Moskauer Handelsverteilung hervorgeht. Die Sowjetunion hat genügend Brot in Sibirien, am Ural, in Kasakstan usw. Aber da die Zufuhr aus diesen entferntesten Gebieten momentan mit Schwierigkeiten verbunden ist und langsam vor sich geht, so hat bereits das Novemberplenarum des ZK der KPdSU die Direktive herausgegeben, „mit größter Energie um das Sparmaßregeln im Getreideverbrauch und gegen jede Vergeudung der Getreidebestände zu kämpfen“. Bisher wurden z. B. große Getreidemengen als Viehfutter verwendet, aus dem einfachen Grunde, weil in den Genossenschaften Brot um 50 Prozent billiger ist als im Einzelhandel. Spekulanten kauften das billige Brot in den staatlichen und Genossenschaftsläden auf und veräußerten es dreimal so teuer im freien Handel oder verschoben es nach den Orten, wo Brot gebraucht wurde.

Die Brotrationierung wird von der Bevölkerung als Kampf gegen das Schicksal empfunden, ohne daß der Bedarf des Konsumenten beschnitten wird: er bekommt soviel Brot, wie er für sich braucht.

Die von der gesamten schlesischen und oberschlesischen bürgerlichen und SPD-Presse verbreiteten Nachrichten über Brotmangel und Einschränkung von Brotkarten in Moskau haben sich wieder einmal als systematische Lügen zur Verleumdung der Sowjetunion erwiesen.

Das Bündnis der Kirche mit dem Faschismus

Großer Rummel in Rom

Rom, 11. Februar. Die Verträge zwischen dem faschistischen Staat und dem Vatikan sind durch einen feierlichen Akt in der Lateran-Basilika, der Kirche, in der früher die Päpste nach der Krönung die erste Messe lasen, unterzeichnet worden. Gleichzeitig wurde ein Konkordat abgeschlossen, das die religiösen und kirchlichen Verhältnisse in Italien regelt. In diesem Konkordat soll enthalten sein, daß in Zukunft kirchliche Eheschließungen in Italien obligatorisch sind. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß das Konkordat neben vielen anderen reaktionären Entscheidungen auch in dieser Frage eine alte Forderung der Pfaffen aller Länder anerkannt hat. Diese Tatsache enthält neben vielem anderen den absolut reaktionären Charakter dieses Bündnisses der Kirche mit dem faschistischen Staat und dem faschistischen Arbeiter wird sich wundern, wenn die Zentrumpresse in Deutschland den Inhalt dieser Verträge als vorbildlich auch für Deutschland betrachtet und den großen Staatsmann Mussolini lobt und feiert.

Wahrscheinlich wird der neue päpstliche Staat den Namen Citta Vaticana tragen (vatikanische Stadt).

Blutbad in Bombay

200 Tote, 1000 Verletzte

Bombay, 11. Februar. Die Kämpfe der Arbeiterschaft gegen die Regierung dauern mit unermüdelter Festigkeit an. Die Mitteilungen der englischen Regierung über die Ursachen der Kämpfe, daß es sich um religiöse Kämpfe zwischen Mohammedanern und Hindus handelt, sind bürgerliche Tendenzmeldungen, um den wahren

Charakter der Kämpfe zu verschleiern. In Wirklichkeit handelt es sich um einen verzweifelten Kampf der vereinten Arbeiterschaft, und die englische Regierung geht aus dem Innern des Landes Streikbrecher heran, um die Streikbewegung der Arbeiter zu erschüttern. Der Kampf der Arbeiterschaft gegen diese streikbrecherischen Elemente wird von den englischen Telegraphenagenturen als religiöse Kämpfe hingestellt.

Pöbel und Militäre haben ein erneutes juchendes Blutbad angerichtet und bei den Kämpfen am Sonntag erneut 52 Arbeiter erschossen, so daß jetzt über 200 Tote und über 1000 Verletzte neben Massenverhaftungen zu verzeichnen sind.

Uebervältigende Mehrheit für das BR in Groß-Leipzig

(Fig. Ber.) Leipzig, 12. Februar.

Gestern fanden die letzten Stadtteil-Delegierten-Konferenzen in Leipzig statt, auf denen die Wahlen zum Bezirksparlament vorgenommen wurden. Auf sämtlichen Konferenzen ergab sich eine große Mehrheit, zum Teil sogar eine einstimmige Abstimmung für die von den Referenten der Bezirksleitung vorgelegten Resolutionen. Im Stadtteil A. wurde die Resolution der Bezirksleitung nach einem Referat des Genossen Rosen und veränderter D. Lufflonsrede des Genossen Barsch mit 52 gegen 3 Stimmen angenommen. Eine Gegenresolution der Versöhler wurde mit 56 gegen 5, eine solche der Rechten mit 57 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Im Stadtteil B. gelangte die Resolution der Bezirksleitung gegen 1 Stimme zur Annahme. Im Stadtteil C., der noch bis vor kurzem mit großer Mehrheit sich für die Rechten entschieden hatte, stimmten 18 Delegierte für die Resolution der Bezirksleitung, 12 Delegierte für die Rechten. — Die Stadtteil-Konferenz D. entschied sich mit 57 gegen 19 Stimmen für die Mehrheit der Partei, obwohl G. W. als Vertreter der Rechten, ohne ein Mandat zu haben, in der unerschrockensten Weise Genossen der Mehrheit provozierte, so daß die Versammlung schließlich mit den Stimmen zahlreicher Rechter beschloß, daß G. W. die Versammlung zu verlassen habe. (Der Stadtteil D. war bekanntlich die Hochburg Lieberbachs.) — Einstimmig für die Resolution des BR. haben sich bereits am Sonntag vor acht Tagen die Stadtteil-Delegierten-Konferenzen der Stadtteile E. und G. ausgesprochen.

Die Stadtteil-Delegierten-Konferenz F. entschied sich mit 50 gegen 10 Stimmen für die Resolution der Bezirksleitung. Das Auftreten einer Reihe von Genossen der früheren ultralinken Gruppe, machte die Stellung eines Zusatzantrages durch den BR. Vertreter notwendig. Gegen diesen Zusatzantrag stimmten die Genossen der früheren Ultralinken, aber auch die 10 Genossen der Rechten. Auf Grund dieser Lage machte sich im Stadtteil F. eine getrennte Abstimmung der Delegierten der Parteilichkeit und der früheren Ultralinken notwendig. Der Vertreter der Parteilichkeit erhielt 12, die früheren Ultralinken 7, die Rechten 3 Delegierte.

Mit diesem Ausgang der Partei-Delegierten-Konferenzen ist die entscheidende Schlacht gegen die rechten Liquidatoren und die Versöhler, die bezeichnenderweise nur noch in einem einzigen Stadtteil hervorgetreten sind, in der Leipziger Organisation zugunsten der Mehrheit der Partei, der Beschlüsse des 6. Weltkongresses und des Offenen Briefes der Ekeleide geschlagen. Der Bezirksparlament am kommenden Sonntag wird den Schlußstrich unter die innerparteiliche Debatte ziehen.

Gasrohrbruch in Neu-Isenburg

Vier Tote, elf Erkrankte

II. Frankfurt a. M., 11. Februar. In dem in der Nähe von Frankfurt gelegenen Städtchen Neu-Isenburg ereignete sich in der Nacht von Sonntag zu Montag ein Gasrohrbruch. Das austretende Gas drang in zwei Häuser. Die Familie Spä, Vater, Mutter und ein 12-jähriges Kind, lag heute früh tot in den Betten. Der 19-jährige Sohn, der in dem anderen Hause wohnenden Familie Müller wurde ebenfalls getötet. Neun weitere Personen mußten in das Offenbacher Krankenhaus eingeliefert werden. Ihr Zustand gibt teilweise zu Bedenken Anlaß. Zwei Personen, die ebenfalls Vergiftungserscheinungen zeigten, befinden sich in häuslicher Pflege.

Dein Körper gehört Dir

Roman von Victor Margueritte
Berlin, Erich-Keil-Verlag

53

(S c h l u ß)

„Leicht kommt sie gewiß nicht davon: sechs Monate bis drei Jahre Gefängnis und zweihundert bis dreitausend Francs Strafe!“

Du kannst sagen, was du willst, gerecht ist das nicht. Eine Mutter, die gegen ihren Willen ein Kind bekommt, mußte das Recht haben, es heimlich zu bringen, ehe es geboren ist, so gut wie sie das Recht hat, es nachher wegzugehen!“

„Das wird vielleicht morgen eine anerkannte Wahrheit sein! ... Vielleicht erleben wir statt der heimlichen Abtreiberinnen und der Abtreibenden, die ihr Leben aufs Spiel setzen, wie jene Unvorsichtige, deren Tod die Festnahme der Frau Esartefigue und deiner Einnahme zuruckführt hat ...“ er verbesserte sich, „vielleicht erlebst du — und das ist für mich das gleiche, denn meine Augen werden in den deinen weiterleben —, daß den Ärzten geistlich gekniet wird, die Fehlgeburt auf das bloße Verlangen der Mutter vorzunehmen, wie sie schon heute dazu berechtigt sind, wenn Leben und Gesundheit dieser Mutter auf dem Spiel steht ... Du weißt ja wohl, daß ich die Abtreibung nicht prinzipiell mißbillige, sondern nur die Gefahr, der schmutzigen Hände und unwissenschaftlichen Methoden diejenigen aussetzen, die zu ihnen ihre Zuflucht nehmen! Das einzige Mittel, uns in Zukunft vor dergleichen zu bewahren, ist, daß künftig jede Frau nur nach ihrem eigenen Willen Mutter wird.“

„Das hab' ich dem Richter auch gesagt!“

„Das mußst du von nun an jedem sagen, überall und immer. Einige Profitmänner werden Schaden davon haben, aber die Menschheit wird dabei gewinnen. In erster Linie die Frauen! Ebenso wie nach dem Wahlrecht, müßte eine jede danach streben, Kinder bekommen zu können, wann und wie sie will. Dann erst, dann seid ihr den Männern gleichgestellt. Eine bewußte Zeugung ist die conditio sine qua non einer endgültigen Befreiung.“

Mit einem Sprung überholte Epi die helle Bison, die ihr ein so nützliches Betätigungsfeld eröffnete. Sie warf ein:

„Das wird noch lange dauern! ... Solange man noch die Quantität vor der Qualität bevorzugt! ... Und solange es nicht in jedem Hause Wasserleitung gibt!“

„Alles dauert lange. Aber einmal wird sich diese heuchlerische, gemeinsame Gesellschaft von Wölfen doch weiterentwickeln. Wohl, wenn die Bombe nicht unglücklichweise ein Heilmittel wäre, das das Hebel noch verzögert, und die Aufklärung durch solche Explosionen

nicht immer von neuem nötig wäre! ... Solange es noch keine Massenregierung gibt, stärkt ein Revolution meist nur immer und trotz alledem, was von dem alten Rüstzeug noch übrig ist.“

„Dann wäre also alles ganz aussichtslos, und wir dazu verurteilt, uns wie ein Pferd im Hügel ewig im gleichen Kreise herumzudrehen?“

„Nein, nein! Man muß nur Vertrauen haben. Selbstvertrauen vor allem. Und dann Vertrauen auf die gute Wirkung jeder Anstrengung. Wenn man bedenkt, daß der Mensch imstande ist, Pflanzenfamilien und Tierstämme hochzuzüchten, daß aus Eitelkeit und Luxus Millionen ausgegeben werden, um die Rasse von Hühnern, Kaninchen, von Hunden, Pferden und Schweinen zu verbessern, soll man da glauben, daß nur der Mensch den Fortschritten und Verbesserungen der menschlichen Wissenschaft entgegen könnte! Das wäre doch wirklich zu idiotisch! Zuerstlose, Spillis, Prostitution, Verelendung, all diese Schandflecken des Menschlebens ... deren Unterdrückung von der einzigen Formel abhängt: Begrenzung der Geburten! ... Gar nicht zu reden von der großen Leidenjahre, dem Kriege, der jetzt nur der Verblendung überfüllter Länder zu verbanen ist! ... Ausbreiten oder explodieren! ist die Lösung. Jedenfalls wäre der Rat, den ein heute wiederkehrender Christus der Welt geben würde, wenn die Hohenpriester ihn würden reden lassen, nicht mehr: Seid fruchtbar und mehret euch! Dies zum Stichwort der Ausbeuter gewordene Bibelwort!“

„Er würde sagen: Seid fruchtbar und mehret euch nicht!“

Er rümpfte zu:

„Ja freilich! Das sollte von nun an das Evangelium des Proletariats sein. Eine alte Bezeichnung übrigens, deren Sinn es selbst nicht mehr kennt!“ — „Und der ist?“

„Der Arme, der nur dazu gut ist, dem Vaterland Bürger zu erzeugen.“

„Wenn man bedenkt, daß er das immer noch tut! Es ist zum Verzweifeln!“ Ein Schatten glitt über Epi's Gesicht. „Ein neuer Christus läte uns noi!“

„Am einen neuen Gott aus ihm zu machen? Wozu? Warum sollen wir in alle Ewigkeit unsere Fettsche wieder aufladieren? Es genügt, wenn jeder in seinem eigenen Dunkel das übermenschliche Gesetz entdeckt.“

Sie lächelte ungläubig und doch überzeugt:

„Die Religion der Liebe!“

Schweigen. Sie fuhr fort:

„Die Liebe, die zwei Leiber, zwei Geister, zwei Herzen in einem gemeinsamen guten Willen vereint! Ein Ganzes, das sich der Allgemeinheit widmet! ... Epiert dieses Ideal und wird es eines Tages Wirklichkeit werden?“

„Es existiert!“ bezeugte Sebastian Paccard mit der ganzen Energie seines Glaubens, mit dem ganzen Schmerz eines Lebens, das zu Ende ging, ohne dies Ideal gefunden zu haben...“ Es 1/2

physisches und geistiges Bedürfnis, die Grundlage des Lebens und die Quelle allen Seins, die Sprungfeder, die Seele jedes Fortschritts, denn ohne dies Ideal lohnt es sich nicht zu kämpfen! ... Und das ist kein Grund, an ihm zu zweifeln, daß viele sterben, ohne es auch nur zu kennen. Nur der Egoismus und die Unwissenheit der heutigen Menschheit erstickt und verhüllt noch sein blendendes Licht.“

Es erfüllte mit seinem Widerschein die Augen des alten Mannes, den Blick des gläubigen Enthusiasten, der sich über die Welt hinaus erhob bis ins geheimnisvolle Herz offener Kräfte ... Er wiederholte mit verzerrter Bewegung:

„Das Ideal! Ja ... Du wirst es verwirklichen, Liebes, Liebes Kleines, wenn mein Gedanke stets in dir so lebendig bleibt, wie ich fühle, daß er jetzt in dir lebt ... Für mich ist schon Sonnenuntergang, und bald wird es Nacht sein ... Aber ein Herz, das nicht an der Liebe verzweifelt, trägt die Sonne der Zukunft in sich.“

Sie schweigend und spannte seine Gedanken weiter. Sie kamen an den Hof. Ein Gedränge von Wagen sperrte ihnen den Weg.

„Was ist denn los?“ fragte sie einen der Zollwächter, der pfefferrauchend vor dem Gebäude stand. „Nichts. Eine Schafherde.“

Sie überholten sie und wurden plötzlich traurig. Ausnahmslos alle Tiere waren mit dem roten Kreuz gezeichnet ... Epi schürzte sich plötzlich das Herz zusammen, weil sie an die Schafe Josef Serbins denken mußte, die ihr am Morgen ihrer Abreise auf dem Wege von der Olivette nach Chateau-Rouge begegnet waren ... Das melancholische Lied des Hirten klang in ihrem Gedächtnis wieder auf ... Sie sah ihren Onkel an, und wortlos verstanden sie einander.

Die für das Messer bestimmten Schafe trippelten, durch Geschrei und Schläge angetrieben, vorwärts. Ein Gelegenheitshirt — ein Metzgergeselle, der die Viehlieferung abgenommen hatte — führte sie dem Schlachthaus zu. Nicht einmal ein Hund. Verkauftes Fleisch waren die zweihundert, die gleich tot sein würden und sich nun ängstlich auf dem Bürgersteig entlang drückten, den sie überquerrten. Gleichgültig zog die Masse der Autos an ihnen vorüber und erfüllte mit ihrem Vordrängeln und dem Lärm ihrer Räder die Landstraße. Traurig gingen Epi und Sebastian Paccard neben dem Hausen her, der sich drängte und quetschte und zu springen verfuhrte.

„Arme Schäfchen!“ flüsterte sie.

Sie erinnerten sie an die Proletarierbiertel, wo Scharen von Kindern emporwuchsen, um mit ihrer armseligen Haut den Luxus der einen und den Ruhm der anderen zu erlaufen, während in der schmutzigen Enge ihrer Höhlen Vater und Mutter sich viehisch paarten, als Erneuerer ihrer eigenen Klaverei, damit sich in Ewigkeit das Menschennaterial für Fabriken, Kasernen und Bordelle erneuern könne. Und beide dachten beim Anblick der blinden Schaar an eine andere Herde — an das finstere Bild der menschlichen Herde. Paccard zuckte die Achseln:

„Sie sind in der Mehrheit! Wenn sie ihre Kräfte nur erziehen wollten!“

E n d e .

Was wurde über die Krisenfürsorge beschlossen?

Am 8. Februar lehnten die bürgerlichen Parteien gemeinsam mit der SPD. alle kommunistischen Erwerbslosenentwürfe ab, die Erhöhung der Unterstützungssätze sowie Unterstützung aller Erwerbslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit forderten. Was aber wurde angenommen? Die SPD. hatte am 4. Februar folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen, die Bezugsdauer für die Krisenfürsorge auf 52 Wochen zu verlängern; die Bezugsdauer der Krisenunterstützung für Unterstützungsempfänger, die über 40 Jahre alt sind, auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen.“

Nach Ablehnung der kommunistischen Anträge war der sozialdemokratische Antrag der weitgehendste. Die SPD. hatte ihn aber schon zurückgezogen, weshalb ihn die SPD. als eigenen Antrag wieder aufnahm. Es mußte abgestimmt werden. Die SPD. stimmte gegen diesen Antrag und brachte ihn dadurch zu Fall. Der „Vorwärts“ vom 9. Februar schrieb dazu:

„Zu dem sozialdemokratischen Antrag, die Unterstützungsdauer obligatorisch auf 52 Wochen zu verlängern, hatte die Reichsregierung erklärt, daß sie augenblicklich angesichts der Finanznot des Reiches keine verbindende Zusage für die Erfüllung dieser Forderung machen könne. Die Sozialdemokratie hätte zwar im Reichstag mit den Oppositionsparteien Zentrum, Kommunisten und Deutschnationalen eine Mehrheit für diese Forderung gehabt, mußte es aber nach den abgegebenen Regierungserklärungen vermeiden, daß etwa durch einen solchen Reichstagsbeschluß den Arbeitslosen eine Hoffnung gemacht wird, die vom Kabinett nicht erfüllt werden kann.“

Dazu stellen wir fest, daß die SPD. ihren Antrag am 4. Februar eingebracht hat. Die Finanzlage war am 4. Februar genau so wie am 8. Februar. Bei der Einbringung des Antrages erklärte der SPD. Abgeordnete Brey ausdrücklich, daß der Antrag finanziell tragbar ist. Es ist überhaupt eine freche Lüge, wenn behauptet wird, der beschriebene Antrag sei finanziell undurchführbar. Aber man mußte vielleicht einige Millionen dem Panzerkreuzerbau entziehen, und das ist für Pilsferding undistutabel. Die SPD. hat am 4. Februar ihren Antrag nur eingebracht, weil sie hofft, daß er durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt werde. Als durch die Zustimmung des Zentrums eine Mehrheit dafür da war, stimmte die SPD. ihren eigenen Antrag nieder.

Es blieb nur noch folgender, im Sozialpolitischen Ausschuß zu rechtgefügter Antrag übrig:

1. Die Reichsregierung zu ersuchen: a) die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen; b) die Krisenfürsorge nach § 101 des Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes allgemein auch auf alle Berufsgruppen zu erstrecken, wenn die Arbeitslosen die Wartezeit von 26 Wochen nicht erfüllt haben, aber 13wöchige Krankenversicherungspflichtige Beschäftigung nachgewiesen haben.
2. Die Reichsregierung zu ersuchen: die Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung für Angestellte und Arbeiter bis zum 4. Mal auszudehnen und dabei angestellte Angestellte und Arbeiter nach näherer Angabe des Reichsarbeitsministers in die Krisenfürsorge wieder einzubeziehen.
3. Die Reichsregierung zu ersuchen: auf die Reichsanstalt dahin einzuwirken, daß die Anwendung des Gesetzes betreffend Sonderfürsorge für berufstätliche Arbeitslosigkeit nicht auf solche Arbeitslose erfolgt, die nur vorübergehend — besonders bei Notstandsarbeiten — mit Arbeiten beschäftigt sind, die sonst unter das Gesetz betreffend berufstätliche Arbeitslosigkeit fallen.

Da alle anderen Anträge abgelehnt waren, mußten auch die Kommunisten für diesen Antrag stimmen. Aber wir müssen den Erwerbslosen sagen, daß durch Annahme dieses Antrages keine nennenswerte Besserung ihrer Lage eintreten wird. Die Regierung selbst ließ erklären, daß sie nur eine geringe Summe dafür bewilligen wird, sie denkt nicht daran, wirkliche Hilfe zu leisten.

Abatz 1 des angenommenen Antrages bedeutet nicht, daß nun alle Erwerbslosen, die keine Unterstützung oder Versicherung erhalten, nun Krisenunterstützung erhalten. Wiffell hat nämlich nach wie vor das Recht, zu bestimmen, wer Krisenunterstützung erhält und wer nicht. Wiffell wird, wie er das schon gemacht hat, die Landesarbeitsämter ermächtigen, die Krisenfürsorge auf solche Schichten auszudehnen, die nach dem Ermessen dieser Behörden bedürftig sind. Das selbe gilt für jene Arbeitslosen, die die Wartezeit von 26 Wochen nicht erreicht haben. Es ist nun notwendig, durch schärfsten Druck auf die Behörden, eine möglichst weitgehende Unterstützung zu erzwingen.

Der Abatz 2 ist sehr gefährlich. Von vornherein sollten diejenigen Schichten, die neu Krisenfürsorge-Unterstützung erhalten, diese Unterstützung nur bis zum 4. Mal erhalten. Aber der Abatz könnte auch dazu mißbraucht werden, die Unterstützung aus der Krisenfürsorge für alle Erwerbslosen einzustellen. Das ist eine ungeheure Gefahr, gegen die wir die gesamte Arbeiterschaft herausrufen müssen. Das Elend der Erwerbslosen wird durch den angenommenen Antrag also nicht gemildert. Die Erwerbslosen sind gezwungen, ihren Kampf zu verschärfen, um menschenwürdige Unterstützung durch-

zusehen. Was von der Koalitionsregierung abgezwungen werden kann, hängt von der Wucht der Massenaktionen ab. Betriebsräte, kämpft zusammen mit den Erwerbslosen! Sorgt dafür, daß der Reichserwerbslosenrat am 6. März zu einem wichtigen Kampftag gegen die Regierung des Truſtkapitals und gegen alle Feinde der Erwerbslosen wird! Betriebsräte und Erwerbslose! Erzwingt durch den Massenkampf die Erfüllung der Erwerbslosenforderungen.

Aus aller Welt

Schweres Eisenbahnunglück auf Strecke Berlin-Galle

Ill. Berlin, 12. Februar. Wie von der Reichsbahndirektion mitgeteilt wird, fuhr der Schlafwagenzug Berlin — München am 23. Uhr bei Burg Arnim auf den D-Zug nach Stuttgart auf. Nach den bisherigen Feststellungen hat das Unglück einen Toten und 20 Verletzte gefordert. Das Unglück scheint auf das Ueberfahren des Ausfahrtsignals bei Gräfenhainichen durch den Münchener D-Zug zurückzuführen zu sein.

Vier Menschen erfroren aufgefunden. Am Montagmorgen wurden in einer Feldscheune in Sch Le u d i ſ (Galle) vier Personen, und zwar zwei Frauen und zwei Männer, tot aufgefunden. Ermittlungen haben ergeben, daß der Tod durch Erfrieren eingetreten ist.

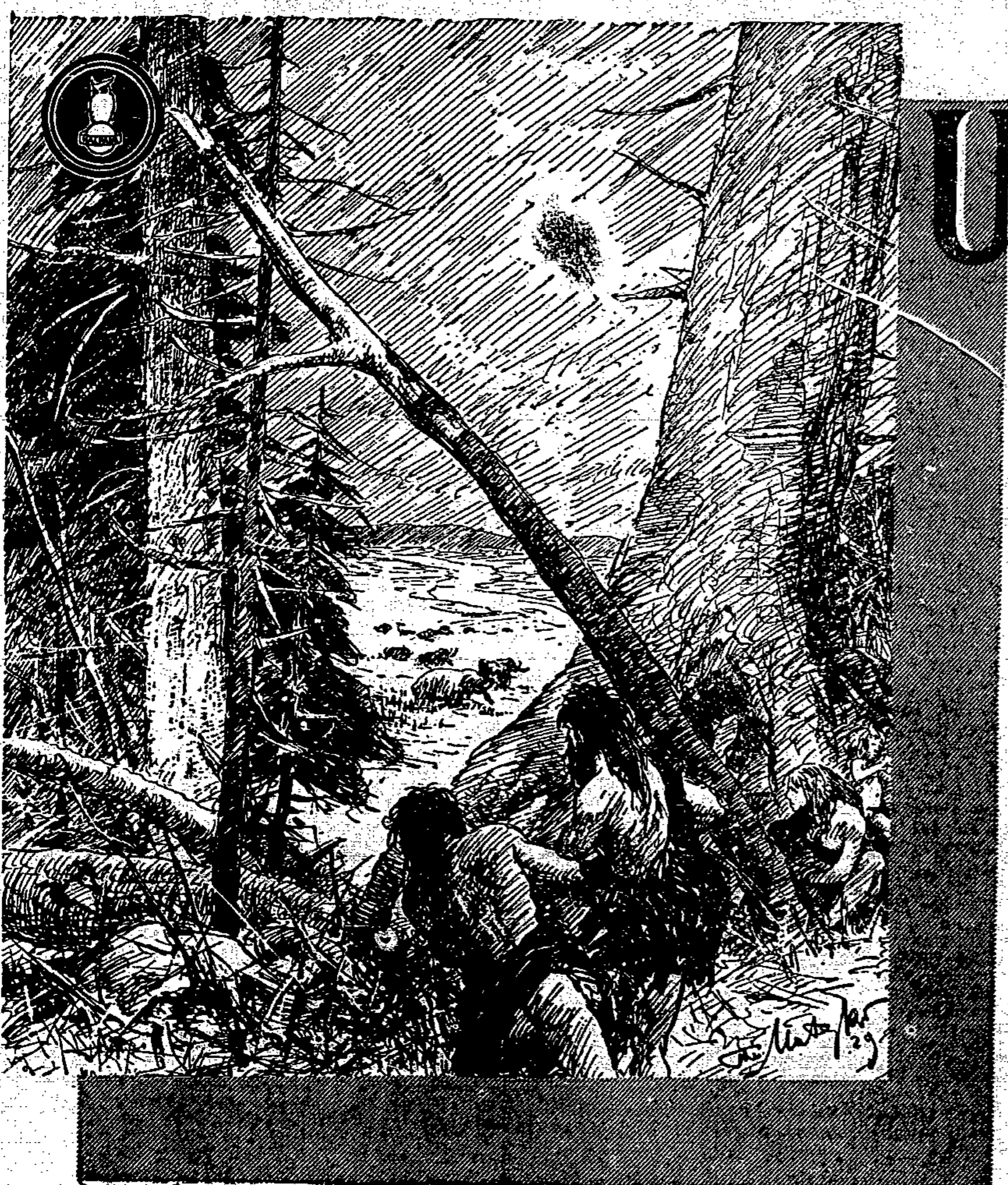
Ein Lebensmittelflugzeug für die eisblockierten Schiffe von Hamburg abgeflogen. Von Hamburg ist ein mit Lebensmitteln versehenes Flugzeug für die in Eisnot befindlichen Schiffe in der Ostsee abgeflogen.

Verzittliche Hilfe durch eine Flugzeug. Aus J L e n s b u r g wird gemeldet: Das Juntersflugzeug, das den Verkehr zwischen dem Festland und der vom Eis blockierten Nordseeinsel Pellworm aufrecht erhält, brachte am Montag früh in einem Sonderflugzeug einen Arzt nach der Halliginsel Hooge, wo ein Bewohner erkrankt war. Auf dem gleichen Wege kehrte der Arzt auch wieder nach Pellworm zurück.

Bisher 279 Fälle von Erfrierungen in Berlin. Die ungewöhnlich strenge Kälte zeitigt in Berlin immer bössere Folgen. Innerhalb der letzten 36 Stunden waren in der Reichshauptstadt nicht weniger als 279 Fälle von Erfrierungen zu verzeichnen. Am Sonntag mußten die Rettungswachen 120, am Montagvormittag 159 solcher Fälle behandeln. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Erfrierungen von Ohren und Nasen. Interessant ist, daß in der Mehrzahl Männer davon betroffen wurden.

Kohlennot in Warschau. In Warschau wurden am Sonntag 36 Grad unter Null gemessen. Es herrscht große Kohlennot. Der Verkehr in der Stadt ist vollkommen unterbrochen. Zahllose Fälle von Erfrierungen sind zu verzeichnen.

Eine Warschauer Automobilfabrik abgebrannt. Am Montag brannte die große Warschauer Automobilfabrik Stetypa nieder. Bei einer großen Benzineplosion kamen mehrere Feuerwehrleute ernstlich zu Schaden. Die Löscharbeiten wurden durch den Wassermangel fast unmöglich gemacht. In den Fabrikräumen verbrannten 35 Automobile.



Unser die Heimat!

Urwald bedeckt das Schlesierland, in dem sich ungeheure Herden von langmähnigen Elefanten, von Löwen, Bären und Wölfen tummeln. Auf gelegentlichen Streifzügen gelangt der Mensch nach Schlesien. — Hohle Baumstümpfe dienen ihm als Schlafstätte. — Den Kampf mit der Tierwelt führt er mit Steinen und unbearbeiteten Holzstücken. — Seine Nahrung sind Beeren, Pflanzen und das rohe Fleisch der Tiere. — Bald lernt er als Schutz vor Wetter und Wind den Wert der Höhlen kennen und durch Waldbrände kommt er zum Gebrauch des Feuers. Das ist das Spiegelbild unserer Heimat vor vielleicht 9000 Jahren.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

RARITÄT⁴ Pf

die Cigarette des Schlesiens!
o. Mdst. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G.M.B.H.

Breslau

„Rote Raketen“ kommen!

Spielertruppe des RFB, aus Berlin treten am 15. Februar, abends 8 Uhr im „Schießwerder“ auf

Schweres Eisenbahnunglück in Breslau

Vier Arbeiter getötet

Gestern nachmittag ereignete sich in der Nähe des Bahnhofs Breslau-Nikolaitor ein schwerer Eisenbahnunfall. Ein Triebwagenzug fuhr in eine aus sechs Mann bestehende Kolonne von Eisenbahnunterhaltungsarbeitern hinein, von denen vier sofort getötet wurden. Die Kolonne hatte offenbar infolge der durch die große Kälte besonders starken Dampfenentwicklung eines auf dem etwas tiefer gelegenen Nachbargleise vorbeifahrenden Zuges das Gerankommen des Triebwagens nicht sehen können. Die Namen der getöteten Arbeiter sind: Adolf Schäfer, Franz Grabisch, Gustav Gasse und Hermann Schaub.

Man kann aus diesem furchtbaren Unglück schließen, daß der Arbeiterschutz bei der Reichsbahn völlig ungenügend ist, besonders für solche außergewöhnliche Verhältnisse, wie sie jetzt durch die strenge Kälte verursacht sind. Außergewöhnliche Verhältnisse erfordern außergewöhnliche Schutzmaßnahmen. Weil diese anscheinend unterblieben sind, mußten vier Arbeiter ihr Leben lassen.

Drangsalierung eines Kriegsbeschädigten

Von einem Schwerekriegsbeschädigten geht uns folgender Brief zu: Vor einiger Zeit wurde ich als Schwerekriegsbeschädigter in die Maschinenfabrik Helmut Lang, Kaiser-Wilhelm-Strasse 35, vermittelt. Ich sollte den Aufzug, Maschinen zu stellen. Das war eine Arbeit, der ich gewachsen war. Doch sehr bald wurde von mir verlangt, daß ich, auf einer Leiter stehend, die Wände streichen sollte. Diese Arbeit konnte ich infolge meines Gesundheitszustandes nicht leisten. Auch waren die Leitern nicht vorrichtsmäßig, so daß ich leicht abrutschen und fallen konnte. Erst vor kurzer Zeit ist ein Monteur in der Fabrik beim Befestigen einer bewährten Leiter gefallen und mußte ins Lazarett transportiert werden. Auch ich bin einmal gestürzt und fiel auf eine Hobelmaschine. Zum Glück war der Fall nicht schlimm. Er konnte aber schlimmer werden, da ich meine Arbeit verrichten mußte, während die Maschinen in Gang waren. Da ich keine Lust hatte, mein Leben leichfertiger auszuspielen, wandte ich mich an den Vermittler für Schwerekriegsbeschädigte, F. J. H. e. l., mit der Bitte, mit der Fabrikleitung zu sprechen, damit ich wieder mit Arbeiten beauftragt würde, die ich auszuführen in der Lage bin. F. J. H. e. l., seines Zeichens ein sozialdemokratischer Bolschewik und Lehrling, sprach mit dem Chef, empfahl mir, dem Chef gegenüber höflicher zu sein und vorabzusprechen, daß ich nun ein harter Junge beigegeben werde zum Halten der Leiter. Am anderen Tage blieb der Junge aus. Was sollte ich nun machen? Nach einer Auseinandersetzung mit dem Chef wurden mir die Papiere ausgehändigt.

Am 17. Januar erhielt ich mein letztes Lohngehalt. Darauf bin ich einige Tage krank gewesen und meldete mich am 28. Januar arbeitslos. Hier wurde mir eröffnet, daß ich die Arbeit freiwillig verlassen habe und die Unterstützung erst nach vier Wochen gezahlt werde. Was sollte ich machen? Meine Rente von 27,50 Mark reicht kaum für die Miete, und wo bleibt der Unterhalt für Frau und Kind, und die Abzahlungen, die ich auf meine Möbel leisten muß? Der Versuch, auf dem Arbeitsamt einen Vorschub zu erlangen, mißlang. Der vor dem Arbeitsgericht angestrichene Prozeß ist noch nicht entschieden. Das einzige, wozu das Arbeitsamt bereit war, war die Ausstellung folgender Bescheinigung an das Wohlfahrtsamt:

„Dem Kriegsbeschädigten A. H., geboren den 17. Dezember 1905, wohnhaft Adolfstrasse 8, wird auf seinen Wunsch bescheinigt, daß eine während der Sperrzeit von dort gewährte Unterstützung von hier nicht erstattet werden kann.“

Ich ging nun mit dieser Bescheinigung des Arbeitsamtes zum Wohlfahrtsamt, erhielt aber auch hier nichts. Der Beamte bestellte lediglich meine Frau und händigte ihr eine Mark und ein Zweifelhambrot aus. Man bedenke: Am 17. Januar erhielt ich meinen letzten Lohn, und am 17. Februar von dem Wohlfahrtsamt eine Mark und einen Kanten Brot. Denkt denn das Wohlfahrtsamt wirklich, daß ich mit meiner Familie davon leben kann? Ich habe regelmäßig meine Beiträge für die Arbeitslosenversicherung abgeführt. Jetzt, wo ich arbeitslos bin, kriegt ich weder vom Arbeitsamt, noch vom Wohlfahrtsamt eine Unterstützung. Durch die gesetzlichen Bestimmungen, die derartige Zulassen, wird man ja förmlich zu ungesessenen Hungergeheuern, denn man kann doch seine Familie nicht verhungern lassen.

Heute früh 8 Uhr: 24 Grad Kälte

Das Thermometer zeigte heute morgen 8 Uhr in der inneren Stadt 24 Grad unter Null.

Die Feuerwehr a's Mädchen für alles

Kurz nach 20 Uhr erfolgte ein Alarm der Feuerwehr nach der Vorderstraße. Hier handelte es sich um großen Unfug; ein Mann, dem seine Frau fortgelaufen war, wollte die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch nehmen.

Im Feuer umgekommen

Im zweiten Stockwerk des zweiten Hinterhauses im Grundstück Lohstraße 75 war die Holstschende und die Balkenlage in Brand geraten. Brennende Teile waren auch bereits durch die zerstörte Decke hindurchgefallen und hatten in der darunterliegenden Wohnung ein Bett mit Matratze entzündet. Die Qualmentwicklung war so stark, daß der im zweiten Obergeschoß wohnende Rentnermeister Ernst Böhm erkrankt ausgefallen wurde. Entstanden ist das Feuer durch unsachgemäßes Aufschießen eines eisernen Ofens.

Eindreicher verhaftet

Die Polizei hat vier Männer verhaftet, die gemeinsam in verschiedenen Stadtteilen insgesamt neun Wohnungen- und Büroeinbrüche verübt haben. Dazu gehören auch die zwei Einbrüche in das städtische Eingemeindungsamt, wo einmal eine Geldkassette mit 88 Mark und einige Fahrkartenblöcke, und das andere Mal eine Schreibmaschine gestohlen wurde.

Die Gefahren des Obereises

Der Polizeipräsident schreibt uns: Erst kürzlich brach ein zwölfjähriger Knabe dicht unterhalb der Dombürde beim Ueberstreiten der Ober ein und erkrankte. Ich erwäge aus diesem Anlaß erneut Eltern, Vormünder, Lehrer, Arbeitgeber usw. die ihrer Pflicht Anvertrauten vor dem unbefugten Befahren und Betreten des Eises, insbesondere auch der teilweise eisigen Oberflächflächen, unter Hinweis auf die damit verbundene Lebensgefahr, ersichtlich zu warnen und sie nachdrücklich anzuhaltend, nur solche Eisflächen zu benutzen, die als Eisbahnen polizeilich besonders genehmigt sind.

Sieben Menschen in einer Wohnlaube bei 30 Grad Kälte

Tausende und aber Tausende von Familien hausen in Kämmerlein, die längst nicht mehr den Namen Wohnung verdienen. Wohnhöhlen sind es, in denen oft 10 bis 15 Personen, zusammengedrückt auf wenige Quadratmeter, dahinsiechen. Nicht selten werden solche Räume zur Hölle, denn die besten Menschen werden einander gram, wenn sie eng zusammengepfercht sich dauernd im Wege sind. Darbussa Schicksale vor kurzem, wie in einem ungarischen Gefängnis sabittische Gefängniswärter ein Liebespaar monatelang zusammenschließen, bis sich ihre Liebe in Abscheu und Haß verwandelt. Von Zeit zu Zeit wird das Gewissen der Zeit ausgeführt durch Meldungen von besonders katastrophalen Zuständen. So war es, als vor einigen Wochen bekannt wurde, daß eine Frau in einer Wohnlaube am Rindergarten am „Heiligen Abend“ im größten Elend hilflos starb. Ein ähnlicher Fall, der aber schon mehr einer Katastrophe gleicht, wird jetzt bekannt. Still und ausgestorben, unter schmutzig-weißem Schnee begraben, liegen die Schrebergärten auf dem Gelände zwischen Gräßchen und Pöpelwitz, von denen eine Reihe am Bahndamm sich hinzieht an dem Weg, der von Linde-Hofmann nach der Größelstraße führt. Neben dem Tunnel befindet sich dort eine kleine Wohnlaube mit Vorbau, aus rotem, längst beschmutzten Breiten zusammengefügt. Ein Baum fehlt. Ein dünnes, rauchendes Ofenrohr aus dem Dach vertritt, daß hier Menschen hausen. Unmöglich — wird man sagen, und doch ist es Wahrheit, traurige Wirklichkeit! Bei dieser furchtbaren Kälte, die in den letzten Wochen im Freien bis 30 Grad betrug,

hausen hier draußen im Freien in einer notdürftig gehetzten Laube sieben Menschen, ein Ehepaar mit fünf Kindern, von denen das jüngste 10 Wochen alt ist.

Das Ehepaar kam im August vorigen Jahres, durch Machinationen aus seiner Heimat vertrieben, nach Breslau, um sich hier eine neue Existenz zu gründen. Arbeit bekam der Mann nicht, und so mußte er versuchen, seine Familie mit rund 20 Mark Rente unterstützung über Wasser zu halten. Als er sich beim Wohnungsmarkt angemeldet hatte, bekam er einige Monate später ein Schreiben, er müsse noch warten, nur die allerbringlichsten Fälle könnten berücksichtigt werden. Preisrästel für die „Neuesten Nachrichten“: Wann liegt ein allerbringlicher Fall von Wohnungsnot vor? Hier hausen sieben Menschen in einer Laube, die zwei Meter hoch ist und einen Flächenraum von 4,85 mal 8 Meter hat. Das Dach ist mit Dachpappe belegt, die Innenwände sind mit Papppe verkleidet, um die Feuchtigkeit abzuwehren. Freilich ohne Isolierung; die Wände sind feucht, dahinter befindet sich eine Schneeruste, besonders in der Nähe des Bodens. Auch das Dach ist nicht dicht.

Das Innere der Laube bietet einen trostlosen Anblick. An den feuchten Wänden einige Nägel, an denen die wenigen

Kleidungsstücke der Bewohner hängen. An der Wand zwei eiserne Restellen mit sehr dünnen Betten. Ein Tisch, zwei, drei Stühle, ein altes Sofa, ein Kinderwagen und ein kleiner eiserner Ofen vervollständigen das Mobiliar, zwischen dem die fünf Kinder herumliegen. Hungern oder Frieren ist hier das Problem, meist gilt beides. Das Wohlfahrtsamt, das hier die sonderbarste Rolle spielt, hat ganze zwei Zentner Kohlen den Monat bewilligt. Es werden aber mindestens vier Zentner pro Woche gebraucht, denn stündlich muß Feuer gehalten werden, um dem Frieren zu entgehen. Damit ist aber auch äußerste Lebensgefahr verbunden. Bei ausbrechendem Feuer wird es kaum möglich sein, rasch ins Freie zu gelangen. Die Kinder, zehn, acht, fünf, drei Jahre und das jüngste zehn Wochen alt, leiden sehr unter der Kälte. Der Zweijährige, im Bett beim Vater liegend, wimmert: „Mir ist so kalt!“ Das Kleinste ist krank und kann wegen Erhaltungsfahrer nicht gebadet werden.

Das Wasser muß einem Loch des Pfeffergrabens entnommen werden,

manchmal auch Schnee, selbst noch Schnee. Nun das Tollste! Ein einseitiger Fürsorge erklärte, es sei dies ein unmöglicher Zustand, er wolle dafür sorgen, daß die Familie in eine Barackenwohnung komme. Vor etwa drei Wochen erschienen dann zwei Fürsorgebeamten, um Ermittlungen anzustellen. Dabei leistete sich ein noch junges Fräulein M. aus Gräßchen die Unterschänkelei, zu äußern: „Sie wohnen doch eigentlich noch ganz annehmbar, besonders im Sommer muß es doch sehr schön sein!“ Diesem Dämchen kann nur empfohlen werden, einmal vier Wochen dort draußen zu hausen, vielleicht ist sie dann von ihrer Ansicht geheilt. Einige Tage später wurde der Frau auf dem Wohlfahrtsamt Gräßchen mitgeteilt, daß das Begehren einer Barackenwohnung sowie Mehrbewilligung von Kohle abgelehnt sei. Diese Ablehnung ist ein Skandal! Hat die Familie noch nicht genug gelitten in dieser Kälte? Will man warten, bis eine Katastrophe eintritt oder die Kinder auf den Friedhof wandern? Freilich, daß die Möglichkeit der Unterbringung vorhanden ist. Durch das Begehren der Stellung an der Bergstraße würde auf der Magazinstraße eine Reihe von Wohnungen frei. Auch das Jugendamt hat sonderbarerweise ein Einschreiten im Interesse der Kinder abgelehnt. Daß die Familie von auswärts zugezogen ist, kann kein Grund sein, dieses furchtbare Elend bestehen zu lassen. Freizügigkeit war des deutschen Arbeiters Recht schon vor Bestehen dieser schönen Republik. Alles in allem: ein bezeichnendes Bild für die erbärmliche Heuchelei bürgerlicher „Wohlfahrtspflege!“ Mit allem Nachdruck muß verlangt werden, daß dieser bedauernswerten Familie sofort eine menschenwürdige Unterkunft zugewiesen wird.

Gauleiter Koblik vom Holzarbeiterverband unterschlägt Verbandsgelder

In der Nummer 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist die Gauvorsteherstelle für Breslau, die zuletzt Koblik bekleidete, zur Neubesetzung ausgeschrieben worden. Warum ist denn nun Ernst Koblik, der müttende Kommunistenfresser, seines Postens so plötzlich enthoben worden?? Nun, wir sind darüber gut informiert. Koblik, der ausreichend besoldete Holzarbeiterfunktionär, hat sich an Verbandsgeldern bereichert. Wie uns berichtet wird,

belausen sich die Unterschlagungen des K. auf insgesamt 5000 Mark.

Davon stammen etwa 3000 Mark aus der Ortskasse, während die Provinzkasse um rund 2000 Mark geschädigt wird.

Durch diese Unterschlagung wird die umfangreiche Liste von Korruptionfällen, in die schließliche sozialdemokratische Funktionäre verwickelt sind, wieder um einen neuen Fall vermehrt. Koblik gehörte zu jenen schwarzrotgoldenen Parteigrößen, die sich in der Verhöhnung der Kommunisten niemals genug tun konnten. Es wirkt wie eine Ironie, wenn man daran denkt, daß noch vor kurzem die Larion und Co. von der Zeitung des Holzarbeiterverbandes großmäutig erklärten, daß nur hundertprozentige Sozialdemokraten imstande wären, die Verbandsgeschäfte treu und gewissenhaft zu verwalten. Nun ist in Koblik wieder eine solche hundertprozentige Säule geborsten. Wir werden auf den Fall Koblik noch zurückkommen.

Warnung vor dem Ankauf gefälschter Marken.

Bei dem Einbruch in das Postamt Berlin W. 3, Französische Straße, am 24. Januar d. J., sind auch Angestellte d. Reichsversicherungsanstalt in den Posten zu 8 und 12 Mark gestohlen worden. Da Marken der Angestelltenversicherung nur bei der Post käuflich zu erwerben sind, ist sich derjenige, der sie aus privater Hand kauft, strafrechtlicher Verfolgung aus. Sollten Marken der Angestelltenversicherung zum Kauf angeboten werden, so empfiehlt sich sofortige Mitteilung an die Kriminalpolizei und an die Reichsversicherungsanstalt in Berlin-Wilmersdorf, Ruhstraße 2.

Bekoren: Ein kleiner Handkoffer mit Papieren; eine braune Geldtasche mit 80 Mk. und Quittung der Fa. Thiel; ein blaues Damenhandtasche, Inh.: Portemonnaie mit Fünfmarskstein, Silbergeld, Spiegel und Schlüssel; ein kleines Lederportemonnaie sowie einen Taschenrechner und ein Notizbuch; ein Portemonnaie mit etwa 10 Mark Silber- und Kleingeld; eine Brieftasche (schwarzes Wachstuch) mit Papieren und 30 Mark Inhalt; zwei Branzigmarskstein; eine Brieftasche mit Reise-Legitimationskarte; ein schwarzes Portemonnaie mit 12 Mark Kleingeld; ein Briefumschlag mit vier Fünfmarsksteinen, eine Stuntdose; ein hellbrauner Ruff.

Breslauer Volksbühne. Für einen Duo-Abend, der am 14. Februar im Rosariaal stattfindet, hat die Volksbühne die beiden Berliner Künstler Ellen Epstein und Edmund Wehltin (Violone) verpflichtet, die Werke von Schubert, Brahms und Mozart spielen werden. Eintrittskarten für Mitglieder zum Preise von 1 Mark in der Geschäftsstelle, Albrechtsstraße 32, für Nichtmitglieder zum Preise von 4, 3 und 2 Mark auch bei Hainauer.

Geldfahndung: Eine Armbanduhr mit Lederband; ein Damenrad, Marke Presto; ein Herrenfahrrad, Marke Velrad; zwei Geldbeträge; fünf Bund. Schlüssel; ein silberner Uhrzeit mit Perle; sechs Paar alte Schnürschuhe und ein Paar Halbschuhe; eine Autolüpferräder; ein Geßig (Oberkleber); ein Augenglas (Rneiser) mit Futteral; ein Augenglas (Rneiser) ohne Futteral; drei Portemonnaies mit Inhalt, drei Aktentaschen — zwei ohne und eine mit Inhalt — ein Taschenmesser mit Futteral und Geldbetrag; ein Karton mit Filzstiften.

Die Arbeit der Feuerwehr. Im Monat Januar 1927 ist die Feuerwehr 86 mal ausgerückt, und zwar zu 7 Großfeuern, 10 Mittelfeuern, 26 Kleinfeuern, 8 Explosionen, 9 mal zu blindem Alarm, 5 mal zu böswilligem Alarm, 8 Wasserfahnen und 18 anderweitigen Hilfeleistungen. Die Kranenwagen sind in der Stadt zu Anlässen 99 mal, zur Kranenbeförderung 839 mal und nach außerhalb 7 mal ausgerückt. In diesen 1045 Fahrten sind zusammen 7386 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallwagen sind 175 mal in Anspruch genommen worden.

Arbeiter-Nach- und Kraftfahrerverein Breslau. Mittwoch, den 18. Februar, um 20 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Fahrern und deren Stellvertreter bei E. Böhm, Jahnstraße. Gau-Sportleiter Genosse Fröhlich referiert. — Sonnabend, den 18. Februar, 20 Uhr, Vorstandssitzung im selben Lokal. — d. Mitteilung: Der Abteilungsabend am 12. Februar fällt aus, der nächste findet Sonntagabend, den 18. Februar, bei K. Laß, Uferstraße 26, statt.

Heute: Erwerbslosen-Versammlung

in den „Zentralballsaal“. Redner: Reichstagsabgeordneter Jadasch. Beginn pünktl. 2 Uhr.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
 Breslau
 — Stadteil Nord. Dienstag von 10—12 Uhr sämtliche Kassiere bei Genossen Schuderer abrechnen. Alle Kontrollkarten mitbringen sowie Einleitung der Straßengassen.
 — Stadteil Nordost. Straßengassenbesuche haben sofort abzurechnen.
 Griesch. Mittwoch 16 Uhr bei Wendt eine Erwerbslosen-Versammlung.
Kommunistischer Jugendverband
 — Gruppe Nord. Dienstag-Abend bei Schneiber, Moskaustr. 24, Oststraße.
 — Gruppe Mag. Giesl. Dienstag 20 Uhr Abendabend im „Angelsheim“, Reuthenstraße.
Noter Frontkämpfer-Bund
 Griesch. Dienstag 20 Uhr Funktionärsitzung in der „Union“. — Stadteil Ost. Dienstag 19 Uhr bei Weza, 85entlicher Kameradschaftsabend mit Lichtbildvortrag „14 Jahre SPD“. Referent anwesend.
 Griesch. Mittwoch 16 Uhr bei Wendt (Stadteil Breslau) Mitgliederversammlung.
Noter Jungfront
 — Alle Spielzeuge sowie die Kameraden, die Instrumente bekommen haben, treffen sich Dienstag 20 Uhr bei Kamerad J. Laß, Reuthenstraße 24.
 Griesch. Mittwoch 20 Uhr Eintreten am Grieschob-Club bei Laß zur Wechselsitzung.
Sonstige Organisationen.
 Breslau
 — Arbeiterfächer. Dienstag von 20—22 Uhr Abrechnung der bei K. Laß, Antonienstraße 2.
 Freiburg. Metallarbeiter. Mittwoch 19 Uhr im „Nicker“, Giesch. 85entlicher Mitgliederversammlung. Referent: Kollege Pfeffer, Breslau, über „Erwerbslosenversicherung“. Alle Kollegen und Kolleginnen haben zu erscheinen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Arthur Dombrowski, für den Betrieb und Verwaltung: Wilhelm Riewald, für den „Bericht“ und die literarischen Beiträge: Arthur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den obersteinsten Teil: Hans Reich in Gladbach. — Für den untersten Teil: Hans Reich in Gladbach.

Oberschlesien

SPD.-Mann Cyrus als Mittelsmann des Landeshauptmanns beim Provinzialbankstandal

Ist Redakteur Bennet bestochen worden? — Polizeioberinspektor als Spigel — Wie lange bleiben Piontel und Moesle noch im Amte?

Der am 22. Januar gegen den Redakteur der „Freiheit“ vor dem Großen Schöffengericht des Amtsgerichts Ratibor geführte Verleumdungsprozess hatte die Korruptionswirtschaft bei der Provinzialbank in Ratibor auf. Durch die Beweisaufnahme kamen die Spekulationen höherer Beamter auf Kosten der Bank zur Sprache. Dr. Czogała war bereit, stark bezeugt, daß er schon vor dem Prozess auf dem Dienst der Bank schweben mußte. Die in der „Freiheit“ aufgestellten Behauptungen, daß einliche Beamte Geschenke von Bankkunden, wie Biele, Klein, Kleckow, Kasper, usw., erhalten haben, sind durch den Prozess vollumfänglich bestätigt worden. Der Direktor Dr. Steiger, Sohn des preussischen Landwirtschaftsministers und Zentrumsmannes Steiger, der 29 Jahre zählt, hat auch Geschenke in Empfang genommen. Die belastenden Beamten, die als Zeugen bei dem Prozess auftraten, statt auf der Anklagebank Platz zu nehmen, erklärten durchweg, daß sie die Geschenke deshalb bekamen, weil sie in gesellschaftlichem Verkehr mit den Geschenkgabern standen, die zugleich natürlich Bankkunden waren. Eine recht merkwürdige Argumentation zur Entlastung. Herr Bennet ist freigesprochen worden. Ihm wurde der § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zugesprochen. Wenn nach mehrfacher Verhandlung der Freispruch wegen Verleumdung, statt Freisprechung, erfolgen muß, so weist dieses Urteil ein grelles Licht auf den Korruptionssumpf bei der Provinzialbank, (Herr Landeshauptmann Piontel und der Staatssekretär a. D. Moesle, Leiter der Provinzialbank, traten gegen Herrn Bennet als Nebenkläger auf.)

Als diese Korruptionswirtschaft an das Tageslicht getreten war, waren gleich Kräfte am Werke, diesen Sumpf lang- und klinglos aus der Welt zu schaffen. Es wurde versucht, den Redakteur Bennet zum Schweigen zu bringen. Die Polizei sollte mit dazu benutzt werden. Herr Polizeioberinspektor Dr. Pawlowitz sollte mit einer Summe von 2000 Mark, im Falle auch mehr, die man ihm zur Verfügung stellen wollte, den Gewächsmann von Bennet ausfindig machen. Welche Absicht war damit verbunden? Der Gewächsmann sollte mit Geld zum Schweigen veranlaßt werden.

Auch der Herr Landeshauptmann hat offenbar durch einen Mittelsmann versucht, den Herrn Bennet zum Schweigen zu bringen. Das geht aus einem Schreiben, das ein beim Prozess sehr belastender Beamter an den Staatssekretär a. D. Moesle nach dem Prozess richtete, zweifellos hervor. Der Schreiber ist der Herr D. Biele. Das Schreiben ist datiert vom 28. Januar. Es heißt darin:

„Daraufhin habe ich mich mit dem Polizeioberinspektor Pawlowitz, hier, in Verbindung gesetzt. Ich bemerke hierbei ausdrücklich, daß ich von keiner Person einen Auftrag hierzu erhalten habe.“

„Daraufhin habe ich mich mit dem Polizeioberinspektor Pawlowitz, hier, in Verbindung gesetzt. Ich bemerke hierbei ausdrücklich, daß ich von keiner Person einen Auftrag hierzu erhalten habe.“

Nach kurzer Zeit teilte mir Pawlowitz mit, daß der Gewächsmann des Bennet ein Herr Bielaczek bei der Lebensversicherung sei. Von diesem habe Bennet z. B. die Umsätze bei der Lebensversicherung erfahren. Diese Angaben genügten mir nicht, und ich bestand auf Vorbringung von Schriftstücken. Nach einiger Zeit wurde mir von Pawlowitz mitgeteilt, Bennet hätte dem Blumenzweig mitgeteilt, Schriftstücke könne er nicht mehr aushändigen, da er (Bennet) diese Unterlagen bereits einem Lehrer Cyrus aus Gleiwitz übergeben habe.

Cyrus habe Bennet im Auftrage des Herrn Landeshauptmanns aufgeführt.

Bennet sei aber bereit, gegen Zustellung eines Betrages für die Zeitung „Die Freiheit“ keine Artikel mehr über die Provinzialbank erscheinen zu lassen. Nach diesem Beschreib habe ich die Verhandlungen mit Pawlowitz abgebrochen.“

Dieser öffentliche Skandal der Korruption und Bestechung beleuchtet hitzig die zentralistisch-sozialdemokratische Futterkrippe und Fratellenswirtschaft in Oberschlesien. Am Montag und Dienstag tagt der Oberste Schlesische Provinziallandtag, der zu den Dingen Stellung nehmen wird. Die Kommunisten werden die Korruptionswirtschaft gebührend beleuchten.

Wie lange denkt noch der kompromittierte Landeshauptmann im Amte zu bleiben?

Wir fordern die sofortige Amtsenthebung und Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Landeshauptmann und den Staatssekretär a. D. Moesle als verantwortlichen Leiter der Provinzialbank. Die in der Korruptions- und Bestechungsaffäre verwickelten Beamten gehören auf die Anklagebank.

Herr Staatsanwalt, Sie haben das Wort!

Stahlhelm-Gauführertagung unter Dösterberg-Führung

Stärkeres Hervortreten des Faschismus — Stahlhelm und Nazi unterstützen sich gegenseitig — Stahlhelm vermittelt Arbeiter.

„Der Stahlhelm Hund der Frontsoldaten Oppeln, den 4. Februar 1929. Ortsgruppe Oppeln“

Ortsgruppenbeschl. Nr. 3.

1. Die Jungmädchengruppe des Bundes „Königin Luise“, Oppeln, veranstaltet am Donnerstag, den 7. d. M., 20 Uhr, im „Blattengarten“ einen bunten Abend mit Tanz. Eintrittspreis 30 Pfennig. Tanzkarte 50 Pfennig. Die Ortsgruppe ist hierzu eingeladen und die Kameraden um zahlreiches Erscheinen gebeten worden. Ich stelle denjenigen Kameraden, die an der Veranstaltung teilzunehmen beabsichtigen, anheim, dies zu tun.

2. Die „Ortsgruppe R. S. D. A. P.“ ladet zu dem am 11. d. M., 20 Uhr, im Saale der „Herberge“ stattfindenden Gastspiel der nat.-soz. Versuchsbühne Berlin ein. Festfolgen, die gleichzeitig Eintrittskarten sind, sind bei den Kameraden Wolke und Krug zu haben. Zur Bestreitung der Selbstkosten erhebt die R. S. D. A. P. einen Unkostenbeitrag von 1 Mark.

3. Am 17. d. M. veranstaltet die Gauleitung einen Deutschen Tag in Gleiwitz (9.30 Uhr Kirchgang, Durchmarsch durch die Stadt, Kranzniederlegung, Werbemarsch, Ansprache, Festappell in der „Neuen Welt“). Kameraden, die daran teilnehmen wollen, werden ersucht, dies umgehend der Ortsgruppe zu melden.

4. Am Sonntag, dem 10. d. M., findet vormittags 10 Uhr im „Zentralhotel“ eine Gauführerbesprechung statt. Teilnahme bis einschließlich der Hundertschaftsführer, Kameraden, Geschäftsführer, Sozialreferent und deren Stellvertreter. Es ist nicht ausgeschlossen, daß an der oben erwähnten Besprechung der 2. Bundesführer, Kamerad Duesterberg, der tags zuvor in Breslau weil, zusammen mit dem Landesverbandsführer, Kameraden von Masow, teilnehmen. Ich bitte daher um vollständiges und pünktliches Erscheinen.

5. Am Sonnabend, dem 12. d. M., findet um 20 Uhr im Krugs Hotel der 2. Schulungsabend statt, an dem der Gauführer, Kamerad Duesterberg, über „Stahlhelmpolitik“ und der Kamerad Biele über „Die Bedeutung der Presse“ sprechen werden. Ich ersuche um recht zahlreiche Beteiligung und weise darauf hin, daß auch Gäste sowie Angehörige und Mitglieder des Bundes „Königin Luise“ einbezogen werden können.

6. Der Kamerad Schirch wird zum Sozialreferenten der Ortsgruppe ernannt und ist berechtigt, einen Führerstreifen, zwei Zentimeter breit, mit schwarzer Unterlage, zu tragen.

7. Zweck Aufstellung der Kartei und Vermittlung von Arbeit werden die stellungslosen Kameraden ersucht, sich beim Kameraden Schirch, Wilhelmplatz 4, zu melden.

8. Am Freitag, dem 8. d. M., findet im Saale der Handwerkskammer ein Filmvortrag der „Christlichen Nothilfe“ statt. Anschließend geselliges Beisammensein (mit Damen). Eintritt frei. Zahlreiche Beteiligung ist dringend erwünscht.

9. Der nächste Monatsappell findet, wie bereits beim letzten Appell mündlich bekanntgegeben, nicht am Dienstag, dem 12. sondern am Dienstag, dem 19. d. M., statt.

Front Heil!

Richter, Ortsgruppenführer.

In ganz Deutschland entfalten die faschistischen Organisationen, vor allem der Stahlhelm, eine rege Tätigkeit. Der vorstehende Ortsgruppenbeschl. Nr. 3 erhärtet unsere Behauptungen. Am Sonntag fand eine Gauführertagung in Oppeln statt, zu der Duesterberg selbst erschien. Diese Tatsache läßt schließen, daß man über wichtige politische und militärische Fragen gesprochen haben wird.

Am 17. Februar „Deutscher Tag“ in Gleiwitz, ein Beweis des frechen Auftretens des Faschismus. Die Arbeiterklasse muß sagen, daß diesem Festspiel die Straße nicht gehört, sondern das Recht der Straße hat die Arbeiterklasse.

Auch Arbeit vermittelt der Stahlhelm den stellungslosen Mitgliedern. Er liefert die Kräfte für den Betriebsfaschismus, der die Arbeiter terrorisiert. Stahlhelmi und Unternehmertum arbeiten Hand in Hand.

Arbeiter! Seht diesem faschistischen Treiben einen Damm, die rote Klassenfront, entgegen. Stahlhelm und das andere Pack, sie werden von der Bourgeoisie unterhalten zu dem ausschließlichen Zweck, der Niederhaltung der Arbeiterklasse bei wirtschaftlichen und politischen Kämpfen und als Köder im imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion. Gerade unter dem Gesichtswinkel der militärischen und politischen Wichtigkeit Oberschlesiens im nächsten Krieg muß die Arbeiterklasse den Kampf gegen den Faschismus tagtäglich führen. Die Parole lautet: „Tod dem Faschismus!“

Hindenburg

Die Bevölkerungsbewegung der Stadt Hindenburg.

Am 1. Januar 1929 hatte die Stadt 129 285 Einwohner. Zugewogen sind 912, fortgezogen 852 Personen. Geburten wurden 258 gemeldet, denen 128 Sterbefälle gegenüberstehen, so daß die Seelenzahl am 1. Februar 1929 129 503 betrug. Es ist also insgesamt ein Zuwachs von 218 Personen im Laufe des Monats Januar zu verzeichnen.

Cosel

Es geht vorwärts.

Am 5. d. M. fand in Birken eine öffentliche Versammlung für Partei und Presse statt. Genosse Kautenrauch sprach über die Kriegspolitik der SPD. Die Versammlungsteilnehmer beschloßen, daß am 17. Februar eine nochmalige Versammlung stattfinden soll, zu der ein Referent der SPD. erscheinen muß, da das Interesse des arbeitenden Volkes für unsere Politik sehr groß ist. Am 6. d. M. sprach Genosse Adamczyk aus Kreuzburg in Alt-Cosel über die Kriegsrüstungen, die sich gegen die Sowjetunion richten. Ferner sprach er über die Offensivreaktion gegen die Arbeiterklasse, und den Beitrag an den Erwerbslosen. Die Anwesenden hörten aufmerksam zu und beschloßen, eine Ortsgruppe der SPD. zu gründen. Es wurden in beiden Versammlungen Aufnahmen gemacht.

Der Herr Magistratssekretär Burzil.

Es ist unerhörte, mit welchem Schlimmen der Herr Magistratssekretär Burzil gegen die Verwirren der Armen vorgeht. Er vergißt, daß auch er früher keine sonnigen Tage erlebt hat. Er nimmt an den Sitzungen der Armendeputation teil. Die Anträge, welche die Bedürftigen stellen, werden dort geprüft und beschloßen. Herr Burzil hat lediglich die Aufgabe, diese Anträge zur Durchführung zu bringen. Herr Burzil macht das folgendermaßen: Kommen die Antragsteller,

um die Bewilligung zur Auszahlung des Geldes abzuholen, so äußert D. Bismellen: „Ihr Antrag wird erst in der nächsten Sitzung behandelt.“ Auch fragt er die alten Frauen, wer ihnen den Antrag geschrieben habe. Das geht ihm ja nichts an! Herr Burzil erlaubt sich Eingriffe, zu denen er gar keine Befugnis hat!

Falkenberg

Wichtig! Die Trommler kommen!

Am Sonntag, dem 17. Februar, veranstaltet die SPD. aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens einen proletarischen Abend. Die revolutionäre Sängergruppe „Die Trommler“ aus Breslau ist ihrer Revue:

„Sechzig Jahre SPD. — sechzig Jahre Republik“

tritt an diesem Abend auf. Die Aufführung erfolgt im Saale „Weißer Schwan“, Beginn 19 Uhr. Keiner veräume diesen Abend.

Die Ortsleitung der SPD.

Oppeln

Herr von Stotow ist kein „Sie“

Wie dieser Herr „von“ auf sein Adelspräbital Wert legt und mit den Angestellten verfährt, ist ein Skandal. Wie so ein echter Kaiserhofschinder (siehe er kürzlich einen Angestellten des Arbeitamtes an, der sich erlaubt hatte, ihn mit „Sie“ anzureden. „Ich bin für Sie kein „Sie“, merken Sie sich das.“ So etwas ist zehn Jahre nach der sogenannten Revolution in der Republik noch möglich, wo jeder ablige Kaiser mit den ihm unterstellten Angestellten umspringen kann wie es ihm beliebt. Kein Wunder, daß diesen Leuten der Kampf so schmeckt, denn sie sind sich der vollen Unterstützung der Sozialdemokratie bewußt. Wurde doch dieser Herr von Stotow mit den Stimmen der Sozialdemokraten im Verwaltungsausschuß als Vorsitzender gewählt.

Sich um einen pünktlichen Betrieb zu kümmern, daran denkt dieser Mensch nicht; mühten doch dieser Tage die Erwerbslosen eine Stunde in der Kasse warten, weil das Stempeln ohne vorherige Meldung verlegt worden war.

Aus dem Gerichtssaal

Ein Jahr Zuchthaus für Prossauer.

Nathan Prossauer, der erst kürzlich wegen Betrugs mehrere Monate Gefängnis erhielt, ist in der vergangenen Woche zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden, weil er einige Bestellscheine für Vitamine selbst unterschrieben haben soll.

Das Gericht ordnete sofortige Befreiung an. Der Staatsanwalt hatte acht Monate Gefängnis beantragt.

Vom Arbeitsgericht.

Zur Abwechslung wurde auch der „Futier“ wieder einmal von einigen Werbern verklagt. 180 Mark hatte er bereits zahlen müssen. Diesmal klagten die Benachteiligten auf den versprochenen und nicht gezahlten Wochenlohn in Höhe von 20 Mark, insgesamt 400 Mark. Bei Reaktionschluß lag das Urteil noch nicht vor; wie werden darüber noch berichten.

Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Am Donnerstag, dem 14. Februar, findet in der Halle des Schützenhauses, um 19.30 Uhr, ein

Lichtbildvortrag

über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg statt. Außerdem Musikvorträge sowie eine Uebersetzung der Reden der Genossen Karl Liebknecht und Max Hoels.

Wir laden hierzu sämtliche Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen ein. Für Setzung ist gesorgt.

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Oppeln.

Umgang.

Das Finanzamt ist vom Getreidemarkt nach der Mostlektrode umgezogen, wo die „Einsammlung“ am Donnerstag, dem 14. Februar, stattfinden soll.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 14. Febr. 10.30: Gleiwitz: Schallfunk: Im Märchenland. • 16: Stunde mit Bäckern. • 18.30: Aus Dornen von Eugen d'Albert: Kantaten: „Der Golem“, „Wiederbeten“, „Jede“, „Die toten Augen“, „Liedland“, „Der Stier von Dibera“, Funkkapelle. • 18: Käthe Braun-Träger: „Von der Liebe zum Menschen“. • 18.30: Walter Ranzig: „Die Berufsausübten des Deutschen Angehörigen im Auslande“. • 19.10: Stunde der Arbeit: Eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß, Personen: Der Vorsitzende, Der Arbeitgebervertreter, Der Arbeitnehmervertreter, Der Arbeitgeber. • 19.15: Enallische Bellara. • 20.15: Symphonische Konzert. Leitung: Prof. Dr. Georg Dobru. Verloben: Samobank Nr. 8 F-dur Op. 93. — Chopin: Rognet F-moll Op. 21. — Reger: Variationen und Fuge über ein Thema von Mozart. Klav. Sol. Schwarz (Solist). Schell. Pöhlharmonie. • 22.30: Tanzmusik.

Freitag, 15. Febr. 16: Annelie Reich-Rohlfstamm: „Die Mutter, die beste Pilegerin und Erlöserin des Kindes“. • 18.30: Konzert der Funkkapelle. • 18: Direktor G. Hallama: „Winter im Allwätersgebirge“. • 18.15: Chorges. Heimt. Koch: „Zeitungsbilder aus Oberschlesien“. • 18.40: Dr. Braun: „Die drei Stufen der Arbeit“. • 19.25: E. von Wieje und H. Urban: „Die besten Sie über Kundfunkstrahl“. • 19.50: Friedr. Koch: „Die Jahresrechnung, Jahreszinsen, Monatszinsen“. • 20.15: Ball: „Mousette“, „Spanische und ungarische Tänze“, „Ländler“, „Gauertänze“ und „Walzer“, Jazz, Austriak: „Nach dem Ball“, „Melodie“, „Austriak“, „Hofart“, „Kunstkapelle“. • 21.15: Gleiwitz: „Chopinert“, „Witw.“, „Eitha Kuhna“, „Magda Scherwiner“, „Magda Reuther“, „Eile Dietrich“, „Gem. Chor und Kleiner Chor des Kulturvereins Gleiwitz“. • 22: E. Orger und Konrektor Altwasser: „Reichstagschrift“, „Wiederholungs- und Diktatstunde“.

Sonnabend, 16. Febr. 15: Dr. Rüdch: Neue Literaturgeschichten und neue Vorträge. • 16: Oscar Freitag: „Zum 76. Geburtstag des Komponisten“. • 18: Kompa Ilonka. Auf: Karl Banoner (Zusobon), Funkkapelle. • 18.10: Gleiwitz: Dipl.-Ing. Walter: „Der Eisenberg“. • 18.35: „Jehn Minuten Eperanto“. • 18.45: Bürgerm. Schmidt, Trachenberg: „Die Entwicklung der Städte des Kreises Müllitz-Trachenberg im Zeichen der Ökonomie“. • 19.20: Eile Orger und Konrektor Altwasser: „Einführung in die Reichstagschrift“. • 19.50: Gleiwitz: „Reg.-Kat. Dr. Dumann: Der Staatsvortrag von morgen“. • 20.15: Hans Grimm: „Aus eigenen Werken“. • 20.45: „Jah. Brown zu verurteilen? Schwant für den Fall von D. H. Fuchs und G. Wolf. Personen: Harry Brown, Gott. Juppeter, Darle, seine Tochter, Oberamtmann Schmidt, Kriminalkommissar Schulz, Abramowitz, Ute Dame, Schlichter, Flugplatzleiter. • 22.30: Tanzmusik.“

Die „Roten Roteten“ Berlin

(Revolutionäre Spieltruppe des Roten Frontkämpferbundes)

Kommen nach Oberschlesien und spielen

am 17. Februar 19 Uhr in Gleiwitz im Lokal „Bier Jahreszeiten“.

am 18. Februar 19.30 Uhr in Deutche im Lokal „Muschels Festsäle“, Hindenburgstraße 16.

Arbeiter! Klassenkämpfer! Kameraden!

Erscheint in Massen, und macht diese Veranstaltungen gleichzeitig zu Massenveranstaltungen gegen eure Ausbeuter!

Textilarbeiter verhindert den zentralen Schlichtungsbetrug!

Neue Kämpfe unvermeidlich — Ohne Kampf keine Lohnerhöhung

Die schamlosen Schlichtsprüche, die besonders in der Amtsperiode Althoff's den Textilarbeitern aufgezwungen worden sind, haben eine gewaltige Empörung gegen die Schlichtungsinstanzen hervorgerufen. Weil die Unternehmer diese Stimmung bekamen, so, weil sie sehen, daß die Arbeiter nicht mehr gewillt sind, sich ohne Kampf dem Willen der Schlichtungsinstanzen zu fügen, versuchen sie, ihr Ziel, die Durchschnittslöhne der Textilarbeiter bis zum Jahre 1930 zu stabilisieren, durch ihren „neuen“ Weg zu erreichen. Ein zentrales Schlichtsgericht, dessen Schlichtspruch sich beide Parteien fügen sollen, soll den Unternehmern nun die Möglichkeit geben, ihr Ziel zu erreichen. Der „Vorwärts“ schreibt dazu in der Ausgabe vom 9. Februar 1929:

„Nach Lage der Dinge ist kaum anzunehmen, daß die Gewerkschaften zu dem Vorschlag, wie er augenblicklich ausliegt, ohne weiteres ja oder nein sagen.“

Das heißt also, daß die Gewerkschaftsführer nach dem „Vorwärts“ bereit sind, wenn man ihnen einige Konzessionen in bezug auf die Zusammenlegung des zentralen Schlichtsgerichtes, dem Vorschlag näherzutreten. Ein neuer Severing-Schwindel wird hier vorbereitet. Der „Vorwärts“ endet seinen Artikel mit dem Satz:

„Deshalb Klarheit, restlose Klarheit über den Schlichtsgerichtsvorschlag der Textilarbeiterindustriellen.“

Die Textilarbeiter im ganzen Reich müssen durch eine energische Protestbewegung den neuesten Schlichtungsschwindel hinwegjagen. Die Textilarbeiter müssen Klarheit schaffen: Sie werden den Reformisten beweisen, daß sie nicht mehr gewillt sind, den neuen Betrug mitzumachen. Die arbeitserfreundlichen Schlichtsprüche, die von den sozialdemokratischen Schlichtern Kunze, Brisch gefaßt und von Wiffell für verbindlich erklärt worden sind, haben deutlich bewiesen, daß die Schlichtungsinstanzen für die Arbeiterschaft nicht „auszunutzen“ sind. Der „Textil-Arbeiter“, das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, hat ausdrücklich festgelegt, daß die schlechten Löhne der sächsischen Textilarbeiter diesen durch die Schlichtungsinstanzen aufgezwungen worden sind. Der neueste Vorschlag der Unternehmer beweist nur, daß die Situation für die Scharfmacher in der Textilindustrie sehr unangenehm zu werden scheint. Die Konjunktur ist in den meisten Gebieten gut, Aufträge sind genügend vorhanden, und aus diesem Grunde wollen sie durch das zentrale Schlichtsgericht einen Kampf der Arbeiter für ihre Forderungen verhindern.

Die Verhandlungen in Erfurt für den sächsisch-thüringischen Weberbezirk sind gescheitert. Auf Befehl des Unternehmerverbandes bekamen die Textilarbeiter auf ihrem scharfmacherischen Standpunkt. Sie lehnen jedwede Lohnerhöhung ab. Ihr Verhalten beweist, daß sie gar nicht daran denken, irgendwelche Konzessionen in der Frage der Lohnerhöhung zu machen. Der Kampf geht in Sachsen-Thüringen verständig weiter.

Ihre „Friedensliebe“ dokumentieren die Textilscharfmacher mit aller Deutlichkeit durch ihre Haltung, die sie in dem Konflikt im Lausitzer Textilgebiet einnehmen. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmerverband, welche von dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bartels eingeleitet waren, sind ebenfalls gescheitert, weil die Unternehmer darauf bestehen, ohne Erhöhung der alten Löhne bis Ende des Jahres festzulegen. Sie glauben, durch die Ausperrung ihr Ziel zu erreichen.

Auch im rechtsrheinischen Tarifgebiet (Elberfeld-Barmen), wo die Firma Bemberg an der Spitze der Scharfmacher gegen die Textilarbeiter steht, ist, nachdem die Unternehmer gewillt sind, den Lohnabbau vorzunehmen, der Kampf unvermeidlich, 55 000 Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen werden daran beteiligt sein.

Dieses Verhalten der Textilunternehmer, hinter denen nicht bloß das gesamte Scharfmachertum der deutschen Textilindustrie, sondern alle Arbeitgeberverbände Deutschlands stehen, beweist deutlich, daß ohne Kampf die Textilarbeiter keine Erhöhung ihrer Löhne, keine Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen erreichen werden. Die Versuche der Gewerkschaftsführer, dem Vorschlag der Unternehmer näherzutreten, ihn anzunehmen, bedeutet für die Textilarbeiter eine Niederlage, einen Erfolg für die Textilbarone. Das muß verhindert werden.

Textilarbeiter und -arbeiterinnen in der Lausitz und im Sappertal! Jetzt gilt es zu handeln! Seite an Seite mit euren kämpfenden

Kollegen in Sachsen und Thüringen müßt ihr jetzt den Kampf aufnehmen. Nur durch einmütiges, geschlossenes Auftreten werdet ihr in der Lage sein, die Pläne der Textilscharfmacher zu verhindern.

Die Textilarbeiter im ganzen Reich, die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß jetzt Solidarität mit den kämpfenden Textilarbeitern haben. Ein Sieg der Textilarbeiter ist ein Sieg der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Die werktätige Frau

Ein Jahr Kerker für eine Mutter

Die Frau des Hilfsarbeiters Karl Staub in Budapest, die angeblich in einem Gespräch mit Nachbarinnen die Bemerkung fallen ließ: „Es kommt bei uns noch einmal zur Arbeiterherrschaft, und dann wird man mit den Peinigern des Volkes abrechnen“, wurde auf Grund einer Spitzelanzelge vom Staatsgerichtshof unter dem Vorsitz des Präsidenten Köröthy zu einem Jahre Kerker verurteilt.

Frau Staub ist Mutter von vier Kindern. Ein Strafausschub, um den sie ersuchte, wurde wegen Fluchtgefahr abgelehnt.

Kampf dem § 218

Von R. Chwalek, Oppeln.

Seit langer Zeit beschäftigt sich der Strafrechtsausschuß mit dem Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch. Von etwa 400 Paragraphen hat er etwa 100 bereits erledigt, darunter viele interessante, jedoch die beiden umstrittensten noch nicht: den Mordparagraphen und den Paragraphen 218. Noch etwa 100 Paragraphen trennen ihn von der Beendigung des Paragraphen 218. Es geht hier um eine Frage, die die Frauen am allermeisten angeht.

Obwohl die kommunistische Partei immer wieder auf den § 218 mit seinen furchtbaren Folgen für die Proletarierfrauen hingewiesen hat, muß man heute, wo diese Frage besonders akut ist, doch feststellen, daß von einer Mobilisierung der Frauen in Oberschlesien nicht viel zu merken ist. Man wird zugeben müssen, daß das hauptsächlich auf Unkenntnis der Frauen beruht.

Der Paragraph 218 besagt im groben Umriß: Wer eine Abtreibung vornimmt oder versucht, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft. Der Paragraph sieht also zwei strafbare Möglichkeiten: erstens die vorgenommene Abtreibung, zweitens, wenn eine Frau annimmt, sie ist schwanger und macht in dieser Annahme irgend etwas, es kann auch ein Fußbad oder das An und für sich ganz harmlose Ertrinken von Rotwein sein. Das ist strafbar, und selbst, wenn es sich hernach herausstellt, daß gar keine Schwangerschaft vorlag.

Daß Fruchtbarkeitsbehandlungen, wie sie bei uns in Deutschland heimlich von Kurpfuschern vorgenommen werden, für die Frauen meistens schwere Schäden der Gesundheit, oftmals sogar der Tod nach sich ziehen, ist bekannt, und doch steigt die Zahl der Abtreibungen von Jahr zu Jahr. Zählte man im Jahre 1924 480 000, so ist es heute so, daß die Zahl der Fehlgeburten, von denen neun Zehntel als künstlich angesehen werden, bereits die Geburtenziffer erreicht hat. Angesichts dieser Zahlen wird man wohl auch die Ursachen näher beleuchten müssen, die zu dieser, wie man sich in bürgerlichen Kreisen so nett ausdrückt, „Volkskrankheit“ Veranlassung sind. Durch die in Deutschland durchgeführte Rationalisierung, das heißt mit weniger Menschen die gleiche Arbeit leisten, gibt es in Deutschland zwei Millionen unterstufte Erwerbslose und eine Million ausgesteuerte Erwerbslose. Ferner gibt es in Deutschland 450 000 Wohnungssuchende. Man geht daher nicht fehl, wenn man sagt, daß die Frauen nur zu wählen haben zwischen noch gesteigerter Not der ganzen Familie, vollständigem wirtschaftlichen Verfall oder — Zuchthaus. In Erkenntnis dieser sozialen Räte wurde bei der letzten Sitzung der Berliner Ärztekammer, wo der § 218 auf der Tagesordnung stand, nach einer recht stürmischen Diskussion folgende Entschließung angenommen:

„Die Ärztekammer ist der Ansicht, daß die heutigen gesetzlichen Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen über die Unterbrechung und Verhütung der Schwangerschaft in Übereinstimmung mit dem Volksempfinden nicht der Meinung der Berliner Ärztekammer entsprechen. Die Ärztekammer fordert daher eine

Textilarbeiter, zerlegt den neuesten Burgfriedensschwindel! Hinweg mit dem zentralen Schlichtsgericht! Wählt Kampfleistungen in den Vertrieben! Trete sofort in den Kampf um eure Forderungen! Nur dann wird es euch möglich sein, eure Forderungen erfolgreich durchzukämpfen. Erkennt den Ernst der Situation. Mobilisiert den letzten Textilarbeiter, folgt dem Beispiel eurer kämpfenden Kollegen in Sachsen-Thüringen! Faßt die Kämpfe der Textilarbeiter zusammen! Dann werden die Scharfmacherischen Textilbarone niedergewungen werden können.

Vergiß nicht

noch heute die Erwerbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ zum Sonderverkauf zu bestellen. Jeder Erwerbslose kauft sie gerne, wenn sie ihm angeboten wird.

Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen in der Beziehung, daß für die Unterbrechung der Schwangerschaft durch den Arzt neben den gesundheitlichen auch die sozialen, wirtschaftlichen, persönlichen, Verhältnisse in Betracht gezogen werden dürfen.

Die Tatsache, daß Verze für eine Erleichterung des § 218 eintreten, zeigt, wenn man in Betracht zieht, daß noch auf dem letzten Leipziger Ärztekongress die Verze mit aller Strenge an dem veralteten Paragraphen festhielten, daß die Bewegung gegen diesen Paragraphen große Preise gezogen hat. Die Einstellung der Verze zur Reformierung des Paragraphen beweist, daß man die Massenbewegung ablegen, und sie durch Reformen erlebigen will, denn die herrschende Klasse braucht den Paragraphen 218.

Mag es sein, wie es will, wir Kommunistinnen fordern: Hinweg mit diesem Paragraphen! Denn es ist bekannt, daß durch Reformen eine Kloake nicht in ein Parfümfäß verwandelt wird.

Wie lebt man von 10 Mark wöchentlich?

Die Berliner Zeitung „Welt am Abend“ veröffentlichte vor kurzem Tatsachen aus dem Haushaltsbuch eines Briefträgers. Daraufhin erhielt die „Welt am Abend“ eine große Anzahl Zuschriften, die ein erschreckendes Bild zeigten, wie in der herrlichen Republik Menschen leben müssen.

Ein 35-jähriger Angestellter schreibt: „Ich lebe mit meiner Frau nach dem Motto: 'Wie werde ich schlant?' Die Wassertuppe à la Scheibemann bekommt uns wie eine Babelur.“

Aus meiner früheren Wohnung wurde ich mit Frau und drei Kindern exmittiert. Heute besitzen wir ein eigenes Häuschen, nämlich eine Holzlaube. Da ich keinerlei Unterstützung mehr beziehe, ist die ganze Familie auf den geringen Verdienst der Frau als Heimarbeiterin angewiesen. Dieser betrug in den letzten Wochen durchschnittlich 10,55 Mark. Unser Küchenzettel für eine Woche lautet:

Sonntag früh: Alte Bröckchen mit Luft und Katholiner-Mokka. Mittags: Kartoffelsuppe. Abends: Stullen mit Schmalz und zum Nachtisch gekochte Zigaretten. Montag früh: Brot mit Zuckerbestreut. Mittags: Noch vom Sonntag verblieben. Abends: Schmalzstullen. Nachts: Zigarettenstummel auf Stednabel geraucht. Und so jeden Tag. Donnerstag langten früh die Schrippen bloß für die Kinder. Nun die Rechnung: Das geringe Essen kostete über 15 Mark. 5 Mark borgte die Schwiegermutter. Wenn ich die zurückzahle (und ich muß es) bleiben uns für die nächste Woche 6,60 Mark. Unsere schuldschuldigen Kinder können nur bei schönem Wetter in die Schule gehen, da sie bereits auf deutschem Boden lausen. Wenn's absolut nicht mehr geht, dann begeistern wir uns alle an dem schönen Deutschlandlied Fritz Eberts: „Einigkeit und Recht und Freiheit!“ Wir sind dann bestimmt alle satt bis oben.

Für die Richtigkeit der Angaben verbürge ich mich mit meinem Eid und mit... meinem Aussehen...“

Eine Arbeiterfrau schreibt ganz sachlich von ihrer Not:

„Mein Mann erhält von der Erwerbslosenfürsorge für sich und das Kind wöchentlich 5,85 Mark. Er hat dieses Jahr nur vierzehn Wochen gearbeitet. Ich selbst bin seit Juli arbeitslos und bekomme 13,20 Mark Krisenfürsorge, meine Mutter erhält monatlich 20 Mark Armenunterstützung. Das sind im ganzen für vier Personen — wieviel? Ganze 39,05 Mark. Davon Miete, Kleidung, Schuhe, davon Essen und Ertrinken.“

„Wir tragen“, fügt diese Arbeiterfrau hinzu, „unsere Not mit Geduld und Ausdauer, bis die Zeit wieder da ist, die vor zehn Jahren verfaumt wurde.“

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 9. 2. bis Freitag, den 15. 2. täglich 20.15 Uhr
Mina von Barnhelm
Zustspiel v. G. E. Lessing
Sonnabend, den 16. 2. 20.15 Uhr
Gastspiel von J. Fußhans Theater
Der blaue Vogel

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 9. 2. bis Freitag, den 15. 2. täglich 20.15 Uhr
Nathan der Weise
Dram. Geb. v. G. E. Lessing
Sonnabend, den 16. 2. 20.15 Uhr
Kleinodstudierung!
Florian Geyer
von Gerhart Hauptmann

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Dienstag, 20 Uhr
Falschings-Aufführung
In vollständiger Renewal einierung
Die schöne Helena
Mittwoch, 18 Uhr
In Rich. Wagners Todestage
Abonements-Vorstellung Serie G 12
Die Meistersinger von Nürnberg
Donnerstag, 20 Uhr
Abonements-Vorstellung Serie F 12
Schwanda, der Wanderspieler
Freitag, 20 Uhr
Abonements-Vorstellung Serie H 12
Die schöne Helena
Sonnabend, 19.30 Uhr
Garmen

Sprechapparate und -Platten

speziell
Rote Frontkämpfer - Märsche
Proletarische Lieder und
sämtliche neuesten Schlager
Georg Greulich, Hummerlei 52
bequeme Teilzahlungen

Emil Schmelz

Kurz-, Weiss- u. Wollwaren
Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Straße 25
Große Auswahl Billigste reife

PEUVAG BERLIN

Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-A.-G.
Breslau 10, Trabnitzer Str. 50 / Telefon 28837

DRUCK SACHEN

für den Privat- und den Geschäftsbedarf (Broschüren, Prospekte, Plakate, Programme, Eintrittskarten, Briefbogen, Rechnungen usw.) werden schnell u. preiswert hergestellt in unserer Druckerei. — Spez.: Massen-Auflagen Innerhalb kürzester Zeit Kostenvoranschläge

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
Sonnabend, den 16. Februar, 20 Uhr
Jan 1. Male
Eine Nacht in Cairo
Sonntag, 17. 2. und täglich 20 Uhr
Eine Nacht in Cairo
Vol: ständige Vorstellungen
(Partei 21. 2.50 nkt.)
Dienstag, den 12. 2. Donnerstag, 14. 2. 20 Uhr
Gräfin Mariza Die Förstergrübel
Mittwoch, den 13. 2. Freitag, den 15. 2. 20 Uhr
Die Herzogin Das
von Chicago Dreimäderlhaus
Sonntag, den 17. 2. 15. + (nachm. 3/4.) II.
Gräfin Mariza
Der Vorverkauf für jede angegebene Vorstellung hat bereits begonnen

Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schachspiel
Nur preislos kommen
Reste
in Serje, Kittel, Lederwand, Aermellose, Röhren, Garn, Kapsel, Kerafelle, Erdal
alles jetzt billig prima Ware
Detail und Export
Barth Lippert
Breslau
Feldstraße 18
Filiale: Oberstr. 17
Weißberggasse 43

Arbeiter, Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-Langrates, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

„Volkshilfe“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Ankunft erziehen dem Material versenden kostenlos die Rechnungsstellen in Breslau Margarethenstr. 171, Legniz, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg, Sandstr. 1 Gleiweis, Postamtstraße 11, Herr Johann Mosch, Oppeln, Hammerstraße 6, oder der Vorstand der Volkshilfe in Gumburg 5, Au der Allee 58/59

FILIALE BRESLAU

Alois Henschel & Co.

Milchgroßhandlung u. Molkereiprodukte
Breslau, Brunnenstr. 34 — Tel. 307 85
Filiale: Siedlung Pöpelwitz, Klodnitzstraße
Telephon 589 64